MUT zum Neustart der Demokratie

Festschrift der FDP Stuttgart zu 75 Jahre Gründung der Demokratischen Volkspartei im deutschen Südwesten

FDP

MUT zum Neustart der Demokratie

Festschrift der FDP Stuttgart zu 75 Jahre Gründung der Demokratischen Volkspartei im deutschen Südwesten

Grußwort Christian Lindner

Bundesvorsitzender der
Freien Demokratischen Partei

Stuttgart und die Freien Demokraten, das ist eine ganz besondere Verbindung. Nicht umsonst wird Baden-Württemberg immer wieder als Stammland der Liberalen bezeichnet. Natürlich trifft dies in besonderem Maß auch auf die Landeshauptstadt zu. Zum Dreikönigstreffen findet sich unsere Partei nicht nur wegen der prächtigen Kulisse des Staatstheaters alljährlich in Stuttgart ein. Auch mir persönlich ist es ein wichtiges Anliegen, die lange Traditionslinie des Liberalismus im Südwesten jedes Jahr aufs Neue zu pflegen.

Oftmals in Vergessenheit gerät aber, wie schwierig der Neustart der Demokratie in den Jahren nach dem Krieg war. Liberalen wie Wolfgang Haußmann, Theodor Heuss und Reinhold Maier, die selbst unter der Nazi-Herrschaft gelitten hatten, war es zu verdanken, dass bereits im Herbst 1945 die „Demokratische Volkspartei Groß-Stuttgart“ entstand. Ihr Schritt erforderte Mut, denn niemand wusste, wie sich unser Land so kurz nach dem Ende der Diktatur entwickeln würde. Schon am Dreikönigstag 1946 wurde die DVP als Landespartei in Württemberg gegründet. 1948 war sie ein wichtiger Pfeiler bei der Gründung unserer Freien Demokratischen Partei, so wie wir sie heute kennen.

Schon am Namen zeigte sich, dass der Liberalismus im Südwesten nicht wurzellos geworden war: Bereits 1864 hatte sich zum ersten Mal eine Demokratische Volkspartei gegründet. Sie rief 1866 auch die erste „Dreikönigsparade“ ins Leben – es war der Beginn einer inzwischen mehr als 150 Jahre alten Tradition. Und noch heute lebt der Name in der Bezeichnung der baden-württembergischen Landtagsfraktion fort, die sich nicht ohne Stolz als FDP/DVP-Fraktion bezeichnet.

Der Liberalismus im Südwesten behielt dabei über die vielen Phasen seiner Geschichte immer seine eigene Prägung bei. Dazu passte die föderale Grundauffassung seiner Protagonisten bei der Neugründung 1945/1946. Stets etwas skeptisch blickten sie auf Versuche, alles zentralstaatlich regeln zu wollen – ob das von Berlin oder von Bonn aus geschah. Daran sollte auch die Wahl des großen württembergischen Liberalen Theodor Heuss zum ersten Staatsoberhaupt der noch jungen Bundesrepublik nichts ändern.

Bodenständig war der Liberalismus in seinem Stammland ohnehin immer gewesen. Der Begriff der Volkspartei war so gesehen nicht bloß zufällig gewählt: Früh waren die Liberalen im Südwesten eine in der Breite verwurzelte Kraft. Mit Reinhold Maier gelang es sogar, den ersten Ministerpräsidenten des noch jungen Südweststaats zu stellen. Freude an der eigenen Leistung, Toleranz, der Wille nach Selbstbestimmung und Respekt für den Rechts-

staat zeichnen die Liberalen in Baden-Württemberg ganz besonders aus – und das trifft bis heute zu.

Ohne die Gründung der DVP 1945 in Stuttgart und die Wiedergeburt des Liberalismus im Südwesten wären die Freien Demokraten nicht das, was sie heute sind. Ich freue mich deshalb, dass diese Festschrift an die Persönlichkeiten erinnert, denen dieser Neustart in die Demokratie kurz nach dem Krieg zu verdanken ist.

Grußwort
Michael Theurer

Landesvorsitzender der
Freien Demokratischen Partei Baden-Württemberg

Im stark kriegszerstörten Stuttgart, auf den Trümmern der Nazi-Diktatur, stellten sich die Gründerväter und -mütter der DVP unverzüglich mutig den Herausforderungen und setzten sich vom ersten Tag an mit unbeugsamem Aufbauwillen für die Etablierung einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ein. Hierfür brauchte es Persönlichkeiten wie Wolfgang Haußmann, Theodor Heuss, Emmy Diemer-Nicolaus, Elly Heuss-Knapp und Reinhold Maier, die durch ihre Biografie eine Kontinuität des deutschen Liberalismus in die Zeit vor der Machtergreifung, ja sogar bis weit zurück ins 19. Jahrhundert herstellten.

Unvergessen ist natürlich, dass Theodor Heuss als Bundespräsident den Deutschen die Demokratie gelehrt, Reinhold Maier als Ministerpräsident erheblich zur Gründung Baden-Württembergs beigetragen hat.

An anderes muss man aktiv erinnern: Wolfgang Haußmann, der als Landesvorsitzender erfolgreich gegen die Idee kämpfte, die FDP zu einer nationalistischen Partei zu machen. Der als Justizminister erheblich dazu beitrug, Nazi-Verbrechen aufzuklären. Emmy Diemer-Nicolaus – bis zu ihrem Tod auch Ehrenkreisvorsitzende der FDP Stuttgart – die sich im Landtag für eine liberale Landesverfassung und im Bundestag für ein vom Resozialisierungsgedanken getragenes Strafrecht einsetzte. Oder Elly Heuss-Knapp, wegen ihrer fürsorglichen Art Landesmutter genannt, die selbst im Landtag saß und sich dafür einsetzte, dass schulpflichtige Kinder jeden Tag wenigstens eine Mahlzeit bekamen. So wie diese Vorbilder damals voranschritten, so sollten wir heute auch für unsere Ideale streiten und uns an damals erinnern: Die heutige Krisensituation verblasst im Vergleich.

Dabei geht es nicht nur um uns und um den Umgang mit der jetzigen Situation, es geht auch darum, was wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen. Wie werden diese in 25, 50 oder 75 Jahren auf das Jahr 2020, auf das Jahrzehnt der 20er blicken? Wird es das Jahrzehnt sein, in dem Europa geeint wurde und Deutschland seinen meilenweiten Rückstand in der Digitalisierung endlich aufholte und der Digitalwirtschaft gleichzeitig einen Ordnungsrahmen verpasste? Das Jahrzehnt, in dem Bildung endlich den gesellschaftlichen und politischen Stellenwert erhalten hat, der ihr zusteht? Das Klimaproblem durch Offenheit für Fortschritt und technische Innovation nach dem Motto „Future by technology" gelöst und gleichzeitig die Soziale Marktwirtschaft revitalisiert und entfesselt wurde?

Das ist die Hoffnung, die sich mit diesem Jahrzehnt verbindet. Jede Krise ermöglicht auch Chancen für Veränderung, für einen Umbruch. Man muss sie nur nutzen.

Grußwort
Armin Serwani

Kreisvorsitzender der
Freien Demokratischen Partei Stuttgart

Als vor 75 Jahren demokratisch und freiheitlich gesinnte Männer und Frauen den Mut und die Entschlossenheit hatten, in Stuttgart eine Partei zu gründen, war das in einer schwierigen und ungewissen Zeit. Wir alle haben hohe Achtung vor diesem Mut und diesem Einsatz. Früh wurde damit erreicht, dass die Demokraten ein Angebot für die Mitte der Gesellschaft schaffen konnten.

Sie waren gestärkt von der Überzeugung, dass sich der Einsatz für eine freiheitliche, rechtsstaatliche und offene Gesellschaft lohnt, dass diese Form des Staates den Menschen Frieden und Wohlstand sichern wird. Diese Gewissheit ist für uns Freie Demokraten, die wir in der Tradition der damals gegründeten Demokratischen Volkspartei stehen, heute noch Leitbild und Auftrag.

Wir Freien Demokraten haben über die Jahrzehnte mit viel Fleiß, Engagement und Diskussionsfreude den Menschen in Stuttgart ein demokratisches Angebot gemacht und tun dies mit gleicher Begeisterung noch heute. Wir nahmen dabei viele schwierige Herausforderungen an und konnten diese bestehen. Viele politische Persönlichkeiten und Charakterköpfe machen unsere Partei in Stuttgart bis heute aus. Demokratie und die Offene Gesellschaft entwickeln sich stets weiter und wir dürfen dabei nicht stehen bleiben.

Wir schauen zuversichtlich in die Zukunft. Uns stärken dabei die Freude am Mitwirken bei der Gestaltung unseres schönen Stuttgarts und unsere Tradition in der demokratischen Geschichte unserer Stadt, die wir maßgeblich mitgestalten.

Ich danke sehr herzlich dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden Dr. Jan Havlik für die umfangreiche historische Aufarbeitung unserer Parteigeschichte und Steffen Schneider für die Gestaltung dieser Festschrift.

Grußwort Fritz Kuhn

Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

Das Haus in der Hohenzollernstraße ist heute ein Kulturdenkmal. Einen Tag nachdem die amerikanischen Besatzungsbehörden die Gründung von Parteien erlaubt hatten, wurde hier am 18. September 1945 die „Demokratische Volkspartei" gegründet. Sie ist die FDP-Vorläuferpartei und mit ihr wurde die Tradition des deutschen politischen Liberalismus wiederaufgenommen.

Die Villa auf der Karlshöhe war damals das Wohnhaus des Anwalts Dr. Wolfgang Haußmann. Seine führende Rolle bei der Parteigründung ist erst durch das Erscheinen der Biografie von Jan Havlik (2012) wieder ins Gedächtnis gerückt. Haußmann stand im Schatten seiner beiden bekannteren Mitstreiter, des späteren liberalen Ministerpräsidenten Reinhold Maier und des späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss.

Haußmann (1903-1989), Absolvent des Karlsgymnasiums, war, was kaum präsent ist, auch stellvertretender Oberbürgermeister von Stuttgart. Wenn auch nur für ein Jahr war er zuständig für den Referatsbereich Personalamt, Bezirksbürgermeisterämter und Wohnungsamt. Nebenher saß er im Stuttgarter Gemeinderat, bis 1953, in dem Jahr wurde er zum baden-württembergischen Justizminister berufen.

Haußmann galt als Organisationstalent, und er eine moralisch integre Figur, die von vielen Bürgern geachtet wurde. In der NS-Zeit hatte er sich einem NS-kritischen Kreis in einer Stuttgarter Kirchengemeinde angeschlossen. Als Justizminister setzte er sich für die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen ein. Dies setzte er gegen den Widerstand des damaligen Ministerpräsidenten durch.

Die Gründung der Demokratischen Volkspartei (DVP), aus der 1948 die FDP wurde, war ein bedeutsamer Schritt für die Wiedergeburt des politischen Liberalismus in Deutschland. Die Partei verstand sich als Partei des Freisinns, sie lehnte Weltanschauungen und politische Dogmen ab, trat für Bürgerrechte ein, und im Parteienspektrum sah sie sich in der Mitte zwischen den „Weltanschauungsparteien" (Haußmann) CDU und Sozialdemokratie.

Die Liberalen in der unmittelbaren Nachkriegszeit vermochten an die bedeutsame Tradition des Liberalismus im Südwesten anzuknüpfen. Hier hatte der Liberalismus seit jeher eine Bastion. Neuere Forschungen wie die des Politikwissenschaftlers Jens Hacke von der Bundeswehruniversität in München zeigen, dass es in der Weimarer Zeit nicht nur Liberale gab, die sich dem vermeintlichen Schicksal fügten, sondern auch eine ganze Reihe, die aktiv die parlamentarische Ordnung schützten, auch noch, als dies praktisch aussichtslos war. Diese Libe-

ralen traten für die Freiheitsrechte ein und stellten sich gegen den totalitären Staat und die Gleichschaltung von Institutionen.

Dieses Engagement für Demokratie und Parlamentarismus war zwar ohne Erfolg, aber es war diese Verteidigung demokratischer Werte und Verfahren, an die der Nachkriegs-Liberalismus anknüpfen konnte. Mit ihrer Programmatik konnte die liberale Partei auch in der Bevölkerung beträchtliche Erfolge erzielen. Bei der Landtagswahl 1946 erreichte man fast 20 Prozent. Der Liberalismus, der auf der Karlshöhe in Stuttgart wiedererstanden war, strahlte aus in die gesamte Bundesrepublik.

Zur Jahreswende 2020/21 jährt sich der Wiederbeginn des politischen Liberalismus in Deutschland zum 75. Mal. Nach der Gründung der DVP in Stuttgart im September 1945 entstand am 6. Januar 1946 auch die liberale Landespartei. Man traf sich seinerzeit in der Stuttgarter Oper, die mit dem Wohnhaus von Dr. Haußmann eines gemeinsam hatte: Sie war von den Zerstörungen des Krieges verschont geblieben.

Der 75. Jahrestag ist eine Gelegenheit, daran zurückzudenken, welchen Beitrag für den Aufbau einer neuen Demokratie die liberalen Parteigründer einst leisteten. Es ist eine Gelegenheit, generell an den demokratischen Wiederbeginn zu erinnern. Diese Vergegenwärtigung hat durchaus eine wichtige Funktion. Denn wenn der Eindruck nicht täuscht, werden heute demokratische Verfahren und Regeln, auch demokratische Umgangsformen, die damals, 1945, wiedereingeführt wurden, nicht mehr sonderlich wertgeschätzt. Sie sind jedoch die Grundlage für ein freies und möglichst konfliktfreies Zusammenleben.

Die Kreisvorsitzenden der

1945–1953
Dr. Wolfgang Haußmann

1953–1955
Prof. Dr. Kurt Koppenhöfer

1955–1964
Dr. Hermann Vietzen

1964–1974
Dr. Werner Mertes

1974–1977
Friedrich Hölscher

1977–1979
Ingrid Walz

1979–1981
Hermann Kammerer

FDP Stuttgart 1945 bis 2020

1981–1989
Hans-Reinhard Schäfer

1989–1991
Knut Krüger

1991–1994
Ekkehard Kiesswetter

1994–2001
Armin Serwani

2001–2008
Dietmar Bachmann

seit 2008
Armin Serwani

Abb. 1 › Stuttgart bei Kriegsende nach den Bombenangriffen 1945

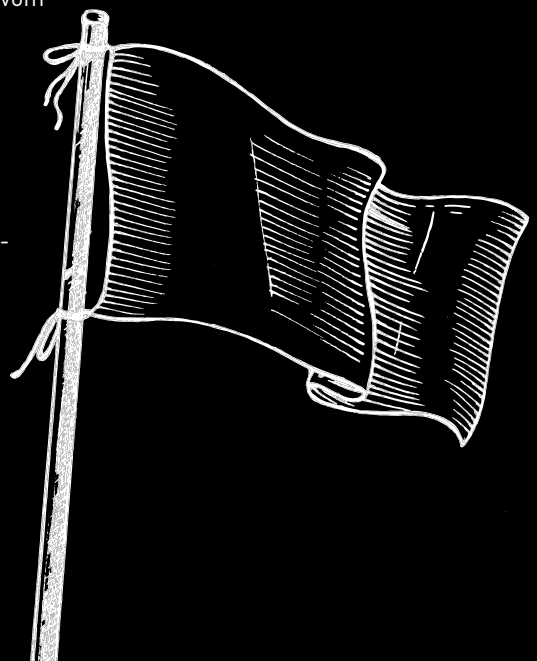
Das Kriegsende im deutschen Südwesten 1945

Am späten Abend des 1. Mai 1945 sendeten Reichssender in Berlin und Norddeutschland zu Klängen von Wagner und Bruckner die Meldung vom Tod Hitlers. Sogar die Meldung über seinen Tod war eine propagandistische Lüge: Hitler war keineswegs „heute Nachmittag in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei bis zum letzten Atemzuge gegen den Bolschewismus kämpfend für Deutschland gefallen" – wie es im Radiotext hieß, sondern am Nachmittag des 30. April hatte der fanatische Tyrann und Verantwortliche für Millionen Tote sich mit seiner frisch angetrauten Frau im Führerbunker hinter meterdicken Betonwänden erschossen und seinen Leichnam verbrennen lassen.

In Stuttgart und dem gesamten deutschen Südwesten wird diese Meldung zur Kenntnis genommen worden sein – wohl über die Medien der Alliierten, denn die meisten deutschen Sender in Süddeutschland waren nicht mehr in Betrieb. Große Auswirkungen für das Leben der Menschen in Stuttgart und den anderen Städten und Dörfern wird diese Nachricht aber nicht gehabt haben: Für diese Region war der Krieg schon seit einigen Tagen zu Ende.

Nach dem Zusammenbruch der Ardennenoffensive im Dezember 1944 war das Schicksal der verbliebenen militärischen Verbände im deutschen Südwesten besiegelt. Die US-Truppen drangen nach der Überquerung des Rheins in einer Großoffensive ab dem 8. Februar in den Westen vor und marschierten über Heidelberg und Mannheim südlich. Die französischen Truppen unter General Charles de Gaulle wollten sich nicht mit einer Statistenrolle zufriedengeben. Ende März gelang ihnen die Rheinüberquerung und sie eroberten rasch Karlsruhe und Bruchsal. Die französischen Truppen hatten ein Ziel, und das war Stuttgart. Während die US-Truppen über den Norden Württembergs unter teilweise erheblichem Widerstand vordrangen, näherten sich die Franzosen vom Südwesten und Westen an.

Den vormarschierenden Truppen bot sich ein Bild der Verwirrung und des Elends. Alleine die Zerstörung durch Luftangriffe hatten viele Menschen obdachlos gemacht. Städte, die als Wirtschaftszentren galten, hatte es dabei besonders schwer getroffen, später wurde der Kreis der Angriffsziele erweitert.

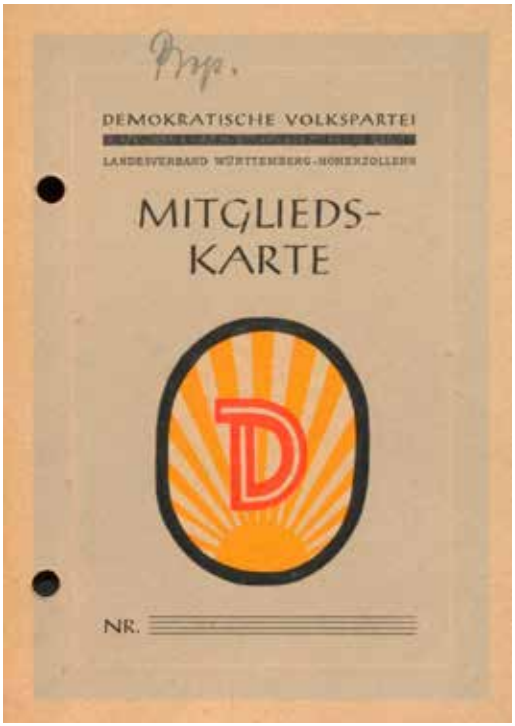


So war Mannheim während des Krieges über 150 Mal angegriffen worden, Friedrichshafen wurde fast gänzlich zerstört und in den letzten Kriegswochen, am 23. Februar 1945, wurden in einem einzigen Angriff auf Pforzheim zwei Drittel der Gesamtfläche und dabei fast die gesamte Innenstadt zerstört; fast 18.000 Menschen verloren ihr Leben.

Zu den Zerstörungen kam noch die Situation heimatloser Menschen: So hatte die Wohnbevölkerung in den größeren Städten stark abgenommen; viele Menschen waren aufs Land geflüchtet. Neben diesen Flüchtigen aus den Städten gab es Soldaten, die aus dem Dienst heimkehrten, Entlassene aus Lagern und Zwangsarbeiter, die den Weg in ihre Heimat suchten sowie eine große Anzahl von Heimatvertriebenen aus den östlichen Teilen Deutschlands und den ehemals von den Nazis besetzten Gebieten.

Dass es dabei zu erheblicher materieller Not kam, erklärt sich von selbst. Es war der Kampf ums Überleben in den Zerstörungen. Umso erstaunlicher und verdienstvoller ist es, dass es in diesen chaotischen Monaten nach dem Krieg Männer und Frauen gab, die den Willen hatten, die Demokratie wiederbeleben zu wollen.

Abb. 2 › Die US-Besatzungsbehörden förderten den Aufbau und die Mitgliedschaften in demokratischen Parteien.



Dabei kam ihnen zugute, dass die US-Besatzungsmacht in ihrem Bereich von Anfang an das Ziel hatte, demokratische Strukturen wiederaufzubauen. Kennzeichnend dafür ist der Begriff „Re-Education“, was eben nicht nur „Erziehung zur Demokratie“ hieß, sondern „Wiedererziehung“. Es ist eine Episode überliefert, in der der US-Militärgouverneur für Nordwürttemberg-Nordbaden, General Lucius D. Clay, dem dortigen ersten Ministerpräsidenten dieses „Besatzungslandes“, Reinhold Maier, bei einer Besprechung erklären wollte, was denn „Demokratie“ sei. Maier begegnete diesem Erklärungsversuch mit den Worten, dass man in Württemberg schon seit dem „Tübinger Vertrag“ von 1514 ein Dokument besitze, in dem Mitspracherechte der Stände und Rechtsstaatlichkeit durch ordentliche Gerichtsverfahren vom württembergischen Herzog garantiert wurden – nur wenige Jahre, nachdem Kolumbus auf dem amerikanischen Kontinent gelandet war.

Ungeachtet der Frage, ob sich diese Episode so zugetragen hat, ist natürlich an der demokratischen Tradition im deutschen Südwesten etwas dran. Der erwähnte Tübinger Vertrag ist tatsächlich eine wichtige frühneuzeitliche Quelle, begründete er doch eine lange Zeit, in der nicht die Herrscher alleine das Sagen hatten, sondern Vertreter der Stände und später gewählte Abgeordnete mitbestimmen konnten. Spätestens seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts gab es in Baden bzw. in Württemberg eine Verfassung, gab es parlamentarische Mitbestimmung, eine politische Öffentlichkeit und ein Gesetz, das die Staatsgewalt und deren Ausübung festschrieb und begrenzte.

Auf diese Tradition ließ es sich aufbauen.

Stuttgart 1945

Stuttgart wurde schließlich am 21. April 1945 kampflos von deutschen Truppen geräumt; am folgenden Tag übergab der Stuttgarter NS-Oberbürgermeister Strölin im Degerlocher Gasthaus Ritter die Stadt. Die Stadt selbst, vor allem die Innenstadt, war nach insgesamt 53 Luftangriffen schwer beschädigt: Über zwei Drittel der Gebäude waren ganz zerstört oder schwer getroffen.

Die Bevölkerung in Stuttgart war zurückgegangen: Im Vergleich zu 1939 lebten 16,6 Prozent weniger Menschen in Stuttgart, viele waren schlicht gezwungen, außerhalb Stuttgarts eine neue Unterkunft zu finden. 4562 Menschen sind in Stuttgart in den Fliegerangriffen ums Leben gekommen, 15.000 im Krieg gefallen oder in Gefangenenlagern gestorben, knapp 1500 starben im Widerstand, 1000 jüdische Bürgerinnen und Bürgern waren deportiert und ermordet worden.

Gleichzeitig sahen sich die Menschen in der Stadt einem riesigen Strom von Menschen gegenüber, die aus unterschiedlichen Gründen unterwegs sein mussten: Ein Großteil waren Deutsche aus den Ostgebieten, die geflohen waren oder ausgewiesen wurden. Dazu kamen freigelassene Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge und zurückkehrende Soldaten. Die Frage der Flüchtlinge war drängend und andauernder Gegenstand von Auseinandersetzungen mit den Besatzungsbehörden. Für das Gebiet Nordwürttemberg-Nordbaden als Teil des US-Besatzungsgebietes waren mehr als eine halbe Million Menschen vorgesehen, die aufgenommen werden sollten. Zwar verhandelte die Regierung unter Ministerpräsident Reinhold Maier wegen der Menge, aber viele kamen eben einfach so, ungeachtet staatlicher Festlegungen.

Im Frühjahr 1946 ging man davon aus, dass die Hälfte dieses Kontingents erfüllt war. Die meisten wurden auf ländliche Regionen verteilt und in Lager eingewiesen. Die Stadt Stuttgart versuchte sich zwar mit ihrem Stadtgebiet „aus der Affäre zu ziehen", indem sie in den Monaten nach dem Krieg eine Zuzugssperre erließ -sah sich aber hohem Druck ausgesetzt, dem sie sich nicht widersetzen konnte.

Abb. 3 › Der zerstörte Stuttgarter Marktplatz Ende 1944. Zu sehen ist der Turm des Rathauses

Demokratische Volkspartei
Stadtverband Stuttgart

Stuttgart, den 22. Mai 1946
Rotebühlstraße 51/II.

Liebe Mitbürger!

Sie kennen unsere Sorgen um Stuttgarts Bewohner:

Jedem sein tägliches Brot!
Jedem seine eigene Wohnung!
Jedem Kohlen für sein Heim!
Der Wirtschaft aber Rohstoffe!

Damit ist Ihnen deutlich geworden, daß wir unsere lokalen Aufgaben klar sehen. Wir wollen in der Vertretung der Stadt Stuttgart an das Notwendigste, an das Nächstliegende zuerst denken.

Die Sorge um das tägliche **Brot** *umschließt mit die um die Kleidung, die Transportfragen, die Brückenerstellung. Zur eigenen* **Wohnung** *gehören Trümmerbeseitigung, Wiederaufbau, vorweg aber die Instandsetzung und die Verhinderung weiteren Zerfalls. Bei* **Kohlen** *denken wir an Ihr Heim, aber auch an die Wirtschaft. Bei den* **Rohstoffen** *denken wir an eine wirkliche Wiederbelebung der Wirtschaft, an den Einsatz der Menschen, denen auch der gerechte Lohn ihrer Arbeit zuteil werden soll!* So greifen die Sorgen um das Wohl unserer Stadt über auf das Land, auf unser Volk.

Wir brauchen innere **Ruhe** und inneren **Frieden.** Die **Währungsfragen** müssen gerecht und sinnvoll gelöst, unsere **Kriegsgefangenen** zurückgeführt werden. Alles Beunruhigende muß rasch und endgültig einer gerechten Lösung zugeführt werden. Anständigkeit und Sauberkeit dürfen nicht nur Worte sein. Wir müssen in Verwaltung und Wirtschaft **neue Wege** gehen, müssen so viele Kräfte als möglich zum wirklich produktiven Einsatz führen, müssen die technischen Hilfsmittel (Maschinen usw.) bereitstellen, müssen den Anreiz zur Arbeit durch Beteiligung an den erzeugten Gütern heben. Nicht die Verwaltung soll florieren, sondern die Hände selbst müssen sich regen, wenn das äußere Glück – und sei es zunächst noch so bescheiden – wiederkehren soll.

Wir wollen uns an der Größe der Aufgaben aufrichten, wollen wieder unsere Kräfte ziehen aus unserer christlichen Sittenlehre, den tiefen Quellen der Kultur und der Familie. Von ihr müssen die drückenden äußeren Sorgen genommen werden, damit unsere Kinder, unsere Jugend in einer Atmosphäre der Arbeit, aber nicht der Hoffnungslosigkeit und der Zersetzung aufwachsen.

In der Regierung unseres Landes wirken in diesem Sinne unsere Minister, Ministerpräsident Dr. Reinhold **Maier** und Kultminister Dr. Theodor **Heuss,** in der Stadt Stuttgart sollen es nach dem Willen der Demokratischen Volkspartei nachstehende Männer und Frauen sein, die wir Ihrer Wahl empfehlen:

Abb. 4 › Brot, Wohnung, Kohle: Die DVP benennt die grundlegenden Sorgen der Bevölkerung in Stuttgart 1946

Noch 1948, drei Jahre nach dem Kriegsende, hausten 1549 Menschen in Stuttgart in Bunkern, weitere 2822 in Baracken und 3800 in Wohnungen, die überbelegt waren und die Menschen zum Wohnen auf engstem Platz zwangen. Die letzten Baracken, die auf der Schlotwiese in Feuerbach sowie in Büsnau für Flüchtlinge errichtet worden waren, sollten erst elf Jahre nach dem Krieg verschwinden.

Die Flüchtlinge litten – wie die übrige Bevölkerung – unter dringenden Versorgungsproblemen. Unterkunft, Lebensmittelversorgung, medizinische Versorgung und Hygiene sowie Kleidung und Heizung waren die grundlegendsten Herausforderungen. Die Flüchtlinge wurden nicht aufgenommen, sondern behördlich zugewiesen – was die teilweise prekären Lebenssituationen noch verschärfte.

Es herrschte Brennstoffmangel, ein Problem in den kalten Jahreszeiten, der Winter 1945/46 war sehr streng. Theater verlangen von den Besuchern, Brennstoff mitzubringen, um die Räumlichkeiten zu beheizen. Schülerinnen und Schüler waren angehalten, Heizmaterialien in den Unterricht mitzubringen. Im Februar 1947 rief der Gemeinderat schließlich den Versorgungsnotstand aus. Lebensmittel gab es nur gegen zugeteilte Marken, der Schwarzhandel blühte. Auch die Trinkwasserfrage wurde erst Anfang der 50er Jahre zufriedenstellend geklärt.

Knapp fünf Millionen Kubikmeter Schutt mussten aus dem Stadtgebiet weggeräumt werden – 1,5 Millionen davon werden auf einem Schienenweg zum Birkenkopf transportiert, der bald als „Monte Scherbellino" bekannt ist.

In dieser Situation, in Ungewissheit, Zerstörung und Not, in dieser Umgebung, treffen sich im September 1945 Männer und Frauen in Stuttgart, um eine demokratische Partei ins Leben zu rufen.

Abb. 5 › Die Versorgungsfrage war noch Jahre nach dem Krieg akut. Hier ein Wahlplakat zur Bundestagswahl 1949

Abb. 6 › Werbeplakat 1947

Im Stammland

„Im September 1945 schritt ich mit Wolfgang Haußmann, vom Theater kommend, an dem noch runden Anlagensee vorbei in Richtung Schlossplatz. Ruinen überall. Wir berieten über den Namen der wieder zu gründenden demokratischen Landespartei. Ein Vorschlag löste den anderen ab. An der Stelle, wo die Trümmer der Wiesen- und Quellnymphen von Dannecker am Boden lagen, einigten wir uns auf Demokratische Volkspartei. Also zweimal Volk – sagte man uns – erstens mit Demos auf Griechisch das Volk und zweitens noch mal das Volk auf Deutsch. Unser Einwand, dass nach zwölfjähriger Gewaltherrschaft über und gegen das Volk nicht genug vom Volk gesprochen werden könne und müsse, drang nicht völlig durch. Die Argumente erfuhren eine Verfeinerung: Das Volk ist das unorganisierte Volk, ganz unten. Demos ist schon ein Stück mehr. Darin enthüllt sich eine Tendenz, in welcher das Volk Form und Inhalt gewinnen soll und gewonnen hat" – mit diesen Worten erinnerte sich Reinhold Maier 1964 an die Namensgebung für die DVP, wenige Tage vor ihrer Gründung.

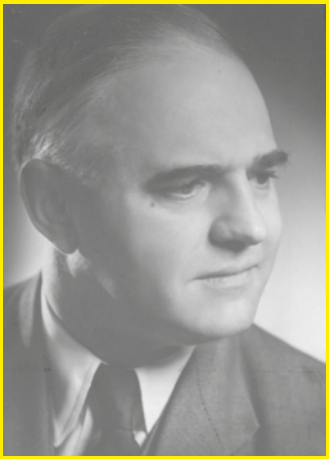


Abb. 7 › Der Gründungsvorsitzende der DVP, Dr. Wolfgang Haußmann

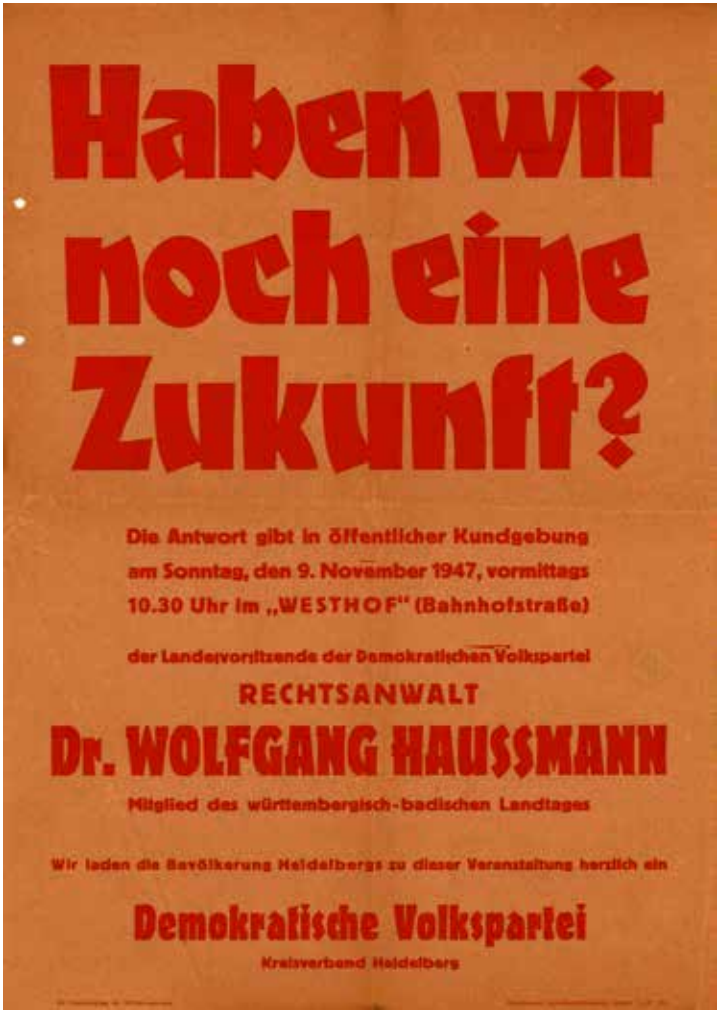
Es handelte sich in den Augen Maiers und einiger Männer und Frauen, die seine Gesinnung teilten, nicht um eine Neugründung bei der DVP. Sie sahen es als notwendige Fortschreibung einer politischen Richtung, die schon

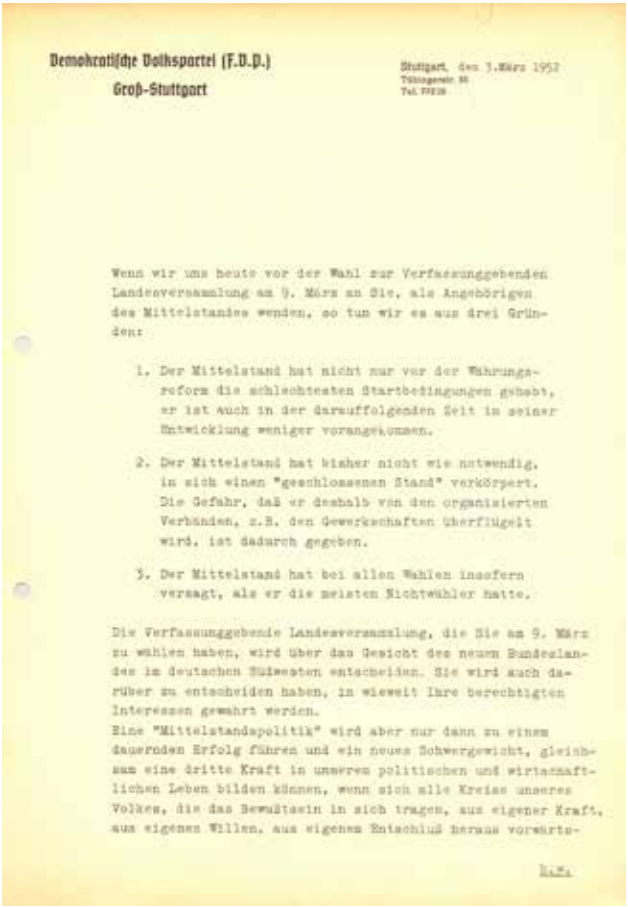
lange Zeit den deutschen Südwesten prägte. Ihre Wurzeln reichten in der Tat weit zurück: Die parlamentarische Tradition Württembergs hatte schon seit Jahrhunderten das Bewusstsein geprägt, dass politische Macht nicht von einem Monarchen alleine ausgehen durfte. Aus ständischer Mitbestimmung seit Beginn des 19. Jahrhunderts waren Verfassung und Parlament erwachsen, die seit 1819 fester Bestandteil der Politik in Württemberg waren.

Ab 1864 formierten sich im deutschen Südwesten Demokraten zu „Demokratischen Volkspartei". Gründungsväter waren Persönlichkeiten wie Karl Mayer, Ludwig Pfau oder der Großvater des späteren Gründungsvorsitzenden der FDP/DVP, Julius Haussmann. Sie einte alle eine zutiefst föderale und demokratische Überzeugung. Diese sah sich als Gegenpol zu einer gewaltsamen und zentralistischen Reichsgründungsidee „von oben" unter Führung Preußens.

Diese „Volksmänner", wie sie sich bezeichneten und bezeichnet wurden, nahmen ganz für sich in Anspruch, Demokraten zu sein. 1866 hielten sie die erste „Dreikönigsparade" in Stuttgart ab als Manifestation ihres Anspruchs. Über die Jahre waren sie bei den Wahlen stärkste Kraft in Württemberg. Sie benannten sich immer

Abb. 8 › Die unklare Zukunftsfrage für Deutschland war ein wichtiges Wahlkampfthema





Demokratische Volkspartei (F.D.P.)
Groß-Stuttgart

Stuttgart, den 3.März 1952
Tübingerstr. 36
Tel. 72239

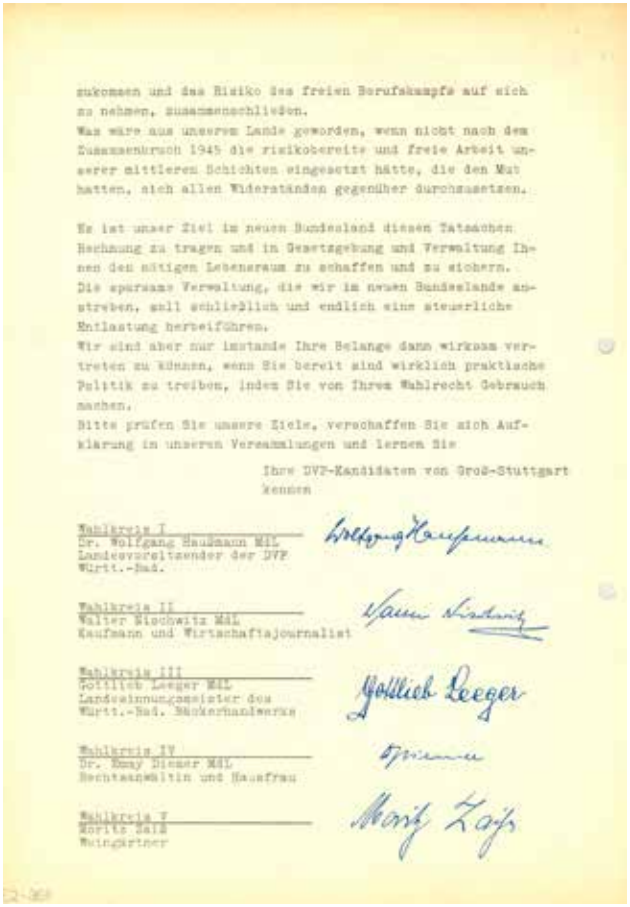
Wenn wir uns heute vor der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. März an Sie, als Angehörigen des Mittelstandes wenden, so tun wir es aus drei Gründen:

1. Der Mittelstand hat nicht nur vor der Währungsreform die schlechtesten Startbedingungen gehabt, er ist auch in der darauffolgenden Zeit in seiner Entwicklung weniger vorangekommen.

2. Der Mittelstand hat bisher nicht wie notwendig, in sich einen "geschlossenen Stand" verkörpert. Die Gefahr, daß er deshalb von den organisierten Verbänden, z.B. den Gewerkschaften überflügelt wird, ist dadurch gegeben.

3. Der Mittelstand hat bei allen Wahlen insofern versagt, als er die meisten Nichtwähler hatte.

Die Verfassunggebende Landesversammlung, die Sie am 9. März zu wählen haben, wird über das Gesicht des neuen Bundeslandes im deutschen Südwesten entscheiden. Sie wird auch darüber zu entscheiden haben, in wieweit Ihre berechtigten Interessen gewahrt werden.
Eine "Mittelstandspolitik" wird aber nur dann zu einem dauernden Erfolg führen und ein neues Schwergewicht, gleichsam eine dritte Kraft in unserem politischen und wirtschaftlichen Leben bilden können, wenn sich alle Kreise unseres Volkes, die das Bewußtsein in sich tragen, aus eigener Kraft, aus eigenem Willen, aus eigenem Entschluß heraus vorwärts-



zukommen und das Risiko des freien Berufskampfs auf sich zu nehmen, zusammenschließen.
Was wäre aus unserem Lande geworden, wenn nicht nach dem Zusammenbruch 1945 die risikobereite und freie Arbeit unserer mittleren Schichten eingesetzt hätte, die den Mut hatten, sich allen Widerständen gegenüber durchzusetzen.

Es ist unser Ziel im neuen Bundesland diesen Tatsachen Rechnung zu tragen und in Gesetzgebung und Verwaltung Ihnen den nötigen Lebensraum zu schaffen und zu sichern.
Die sparsame Verwaltung, die wir im neuen Bundesland anstreben, soll schließlich und endlich eine steuerliche Entlastung herbeiführen.
Wir sind aber nur imstande Ihre Belange dann wirksam vertreten zu können, wenn Sie bereit sind wirklich praktische Politik zu treiben, indem Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.
Bitte prüfen Sie unsere Ziele, verschaffen Sie sich Aufklärung in unseren Versammlungen und lernen Sie

Ihre DVP-Kandidaten von Groß-Stuttgart
kennen

Wahlkreis I
Dr. Wolfgang Haußmann MdL
Landesvorsitzender der DVP
Württ.-Bad.

Wahlkreis II
Walter Bischowitz MdL
Kaufmann und Wirtschaftsjournalist

Wahlkreis III
Gottlieb Leeger MdL
Landesinnungsmeister des
Württ.-Bad. Bäckerhandwerks

Wahlkreis IV
Dr. Emmy Diemer MdL
Rechtsanwältin und Hausfrau

Wahlkreis V
Moritz Zaiß
Weingärtner

Abb. 9 › Werbeblatt zur Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung 1952.
Politik für den Mittelstand prägt die Freien Demokraten.

wieder um. In der Zeit zwischen den Weltkriegen behielten sie ihre herausragende politische Stellung bei, mit Persönlichkeiten wie Conrad Haussmann, der auch als Politiker auf Reichsebene hochgeachtet war, und Johannes von Hieber, aber auch Persönlichkeiten, die auch nach 1945 höchste politische Ämter bekleiden sollten wie Theodor Heuss oder Reinhold Maier.

Die Aussage Maiers in seiner Erzählung des Nachkriegsspazierganges, die Partei müsse „wieder gegründet" werden, lässt sich so verstehen. Der Wunsch, eine gewichtige politische Tradition im deutschen Südwesten fortzusetzen, hatte die Jahre der Nazidiktatur überlebt und gefestigt. Stark genug war dieser Wille auch im Angesicht der schon beschriebenen Situation im Land und vor dem Hintergrund, dass im Frühherbst 1945 die politische Zukunft Deutschlands noch vollkommen ungewiss war: Das Schicksal Deutschlands lag in den Händen der Besatzungsmächte, welche Zukunft in politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Hinsicht vorgesehen war, wusste keiner der damaligen Akteure[1].

Sie hatten den Willen, die demokratische Tradition nicht in Vergessenheit geraten zu lassen – und dazu brauchte es die richtige Partei.

[1] Gewissheit in dieser Frage sollte es erst im September 1946 geben, als der damalige US-Außenminister James F. Byrnes in einer aufsehenerregenden Rede im Stuttgarter Operngebäude den Willen der Amerikaner kund tat, Deutschland demokratisch und wirtschaftlich in Partnerschaft aufzubauen und wieder in den Kreis der Nationen zurückzuführen. Diese Rede wurde als „Speech of Hope" – „Rede der Hoffnung" bekannt und ist einer der ersten Anlässe, in denen sich eine Besatzungsmacht direkt an die Deutschen wandte.

Die Gründungen 1945 und 1946

Am Dienstag, dem 18. September 1945 versammelten sich mehrere Personen im Wohnzimmer des Hauses des Rechtsanwalts und Notars Wolfgang Haußmann in der Hohenzollernstraße 18 in Stuttgart. Der Hausherr selbst hatte ein verbundenes Bein – Spätfolge einer Verletzung, die er sich in den letzten Kriegstagen im Mai zugezogen hatte, als er zwischen den Fronten in Stuttgart bewegte mit dem Ziel, die Stadt vor einer noch größeren Zerstörung zu bewahren.

Abb. 10 › Der Gründungsort in der Stuttgarter Hohenzollernstraße: Wohnhaus Wolfgang Haußmanns

Am Vortag war die Genehmigung der US-Besatzungsbehörden erfolgt, die Gründungen von Parteien auf lokaler Ebene zuließ. Die US-Besatzer hatten den Willen, die Demokratie wiederzubeleben und begannen damit vor Ort. So trug die Partei, die an diesem Septembertag gegründet wurde, den Namen „Demokratische Volkspartei Groß-Stuttgart". Ihre Ziele legte sie schriftlich fest: „Die Demokratische Volkspartei, Ortsgruppe Groß-Stuttgart, erstrebt den Zusammenschluss aller freiheitlich Gesinnten, die guten Willens sind, im demokratischen, freiheitlichen und sozialen Sinne daran mitzuarbeiten, die Schäden des nationalsozialistischen Systems und des verlorenen Krieges in gemeinsamer Arbeit zu überwinden" und ausdrücklich: „Es ist zu gegebener Zeit die Zusammenfassung zu einer Landespartei und einer Demokratischen Volkspartei Deutschlands angestrebt."

Die Erlaubnis dazu wurde auch an vielen Orten außerhalb Stuttgarts genutzt, um eine solche Partei zu gründen. Notwendige Schritte, um später die Genehmigung zur Gründung einer Landespartei zu erhalten.

Auch der Ort der Gründung war kein Zufall: Wolfgang Haußmann war Spross aus der alten

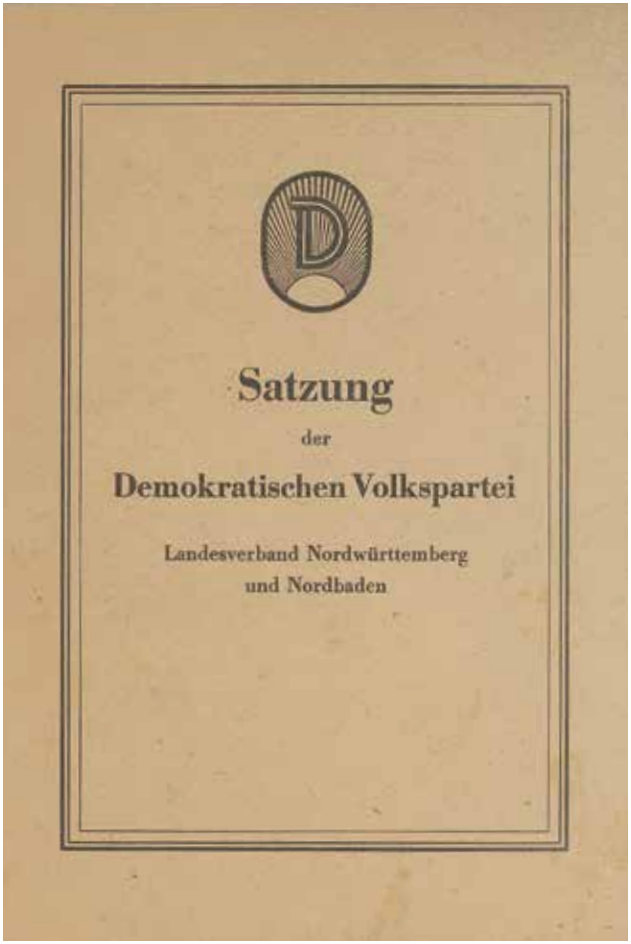
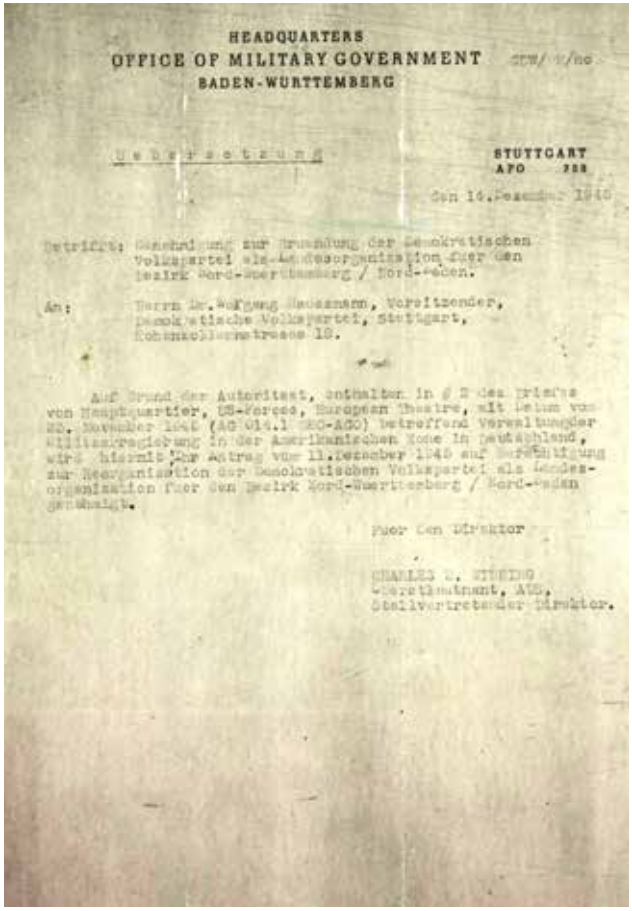


Abb. 11 › Die Satzung der demokratischen Volkspartei



HEADQUARTERS
OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT
BADEN-WÜRTTEMBERG

Uebersetzung

STUTTGART
APO 758

Den 14. Dezember 1945

Betrifft: Genehmigung zur Gründung der Demokratischen Volkspartei als Landesorganisation für den Bezirk Nord-Württemberg / Nord-Baden.

An: Herrn Dr. Wolfgang Haussmann, Vorsitzender, Demokratische Volkspartei, Stuttgart, Hohenzollernstrasse 18.

Auf Grund der Autorität, enthalten in § 2 des Briefes von Hauptquartier, US-Forces, European Theatre, mit Datum vom 22. November 1945 (AG 014.1 GCO-AGO) betreffend Vorläufiger Militärregierung in der Amerikanischen Zone in Deutschland, wird hiermit Ihr Antrag vom 11. Dezember 1945 auf Genehmigung zur Reorganisation der Demokratischen Volkspartei als Landesorganisation für den Bezirk Nord-Württemberg / Nord-Baden genehmigt.

Für den Direktor

CHARLES L. STEDING
Oberstleutnant, AGD,
Stellvertretender Direktor.

Abb. 12 › Genehmigung der Gründung der DVP als Landespartei durch die US-besatzungsbehörden Ende 1945

württembergischen Demokratenfamilie, sein Vater Conrad war eine deutschlandweit respektierte und bewunderte politische Persönlichkeit. So hatte er als Vorsitzender des verfassungsgebenden Ausschusses der Deutschen Nationalversammlung nach Ausrufung der Republik die Ausarbeitung der Weimarer Verfassung geleitet. Außerdem gab es einen ganz praktischen Grund: Das Wohnhaus Haußmanns hatte den Krieg überstanden und war unzerstört geblieben.

Wolfgang Haußmann wurde Gründungsvorsitzender der DVP; bereits in den unmittelbaren Nachkriegswochen war sein Haus aber schon ein wichtiger Treffpunkt des demokratischen Wiedererwachens in Stuttgart: Persönlichkeiten wie das langjährige demokratische Vorkriegs-Stadtoberhaupt Karl Lautenschlager, der Nachkriegs-OB Arnulf Klett, aber auch der württembergische evangelische Landesbischof Theophil Wurm und der Präsident des württembergischen Gewerkschaftsbundes, Markus Schleicher, waren zu Gast in der Hohenzollernstraße. Hier wurden in Gesprächen die Grundlagen des politischen Umgangs miteinander und des demokratischen Willens gelegt. Sie sollten die Nachkriegsjahrzehnte im deutschen Südwesten nachhaltig prägen.

DEMOKRATISCHER DREIKÖNIGSTAG 1949
IN STUTTGART

Einheit in Freiheit

Es sprechen über das Verhältnis der Deutschen
zu ihrem neuen Staat und der deutschen
Länder zur neuen Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier
und
Kultminister a. D. Prof. Dr. Theodor Heuss
1. Vorsitzender der FDP. und ihrer Bonner Fraktion

am Dreikönigstag 1949, 6. Januar, nachm. 16[30] Uhr,
im Großen Haus der Staatstheater

DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI
Landesverband Württemberg-Baden in der Freien Demokratischen Partei

Abb. 13 › Ab dem Dreikönigstreffen 1946 in Stuttgart fand die Kundgebung in der dortigen Oper statt

Demokratische Volkspartei

Sonntag, 6. Januar 1946, Dreikönigstag, 14 Uhr
im Großen Haus der Württ. Staatstheater

Öffentliche Kundgebung

Es sprechen:

Ministerpräsident Dr.
Reinhold Maier
und Kultminister Dr.
Theodor Heuß

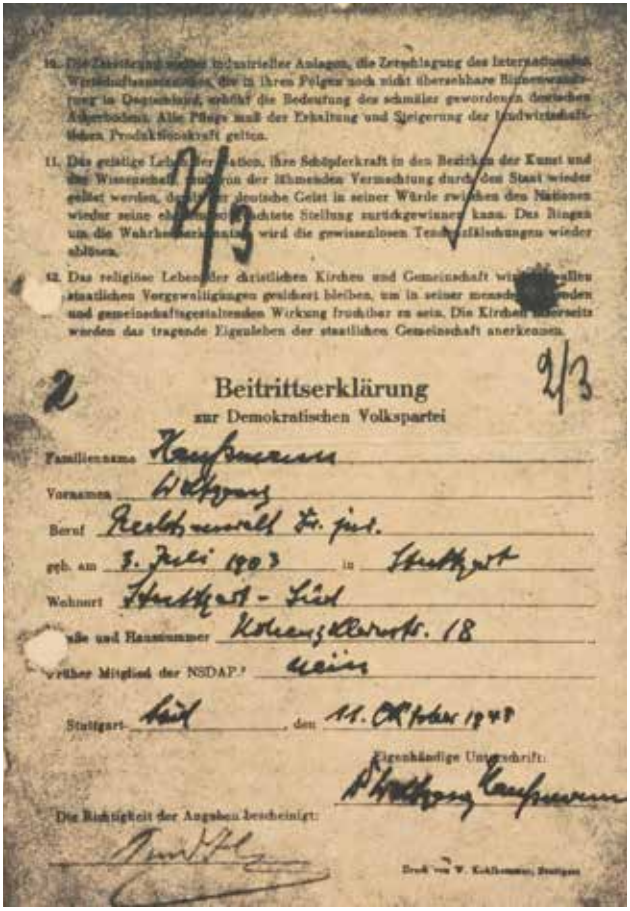
Das Theater ist geheizt *Eintritt frei*

Saalöffnung und Kartenausgabe 13[30] Uhr.

Abb. 14 › Gründung der DVP als Landespartei Dreikönig 1946

„Wir empfanden das Mitmachen als befreiende Verpflichtung“ – so beschrieb Wolfgang Haußmann selbst das damalige Klima. Der Erfolg gab ihm Recht: Nach der formalen Genehmigung durch die US-Behörden am 14. Dezember 1945 konnte am 6. Januar 1946 die DVP als Landespartei gegründet werden. Ort des Gründungsaktes war das Operngebäude, womit die Tradition der jährlichen „Dreikönigskundgebung“ an dieser Stelle gelegt war. Auch dieser Ort war den Notwendigkeiten geschuldet: Das Operngebäuden war nicht bombardiert worden.

Zu diesem Gründungstreffen am Vormittag des 6. Januar 1946 waren viele wichtige Persönlichkeiten erschienen sowie Vertreter der US-Behörden. Die Grundsatzrede mit dem Titel „Die Politische Situation“ hielt Wolfgang Haußmann, danach brachte Theodor Heuss ein Manifest ein, mit dessen Beschluss die Parteigründung vollzogen wurde. Erst knapp drei Jahre später – im Dezember 1948 – wurde die Freie Demokratische Partei für die westlichen Besatzungsländer gegründet, als die „Gesamtvertretung der liberalen, demokratischen Parteien aus den nicht sowjetisch besetzten Teilen Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin“. Die Demokratische Volkspartei im deutschen Südwesten gliederte sich darin ein, nicht ohne zu vergessen, dass ihre Traditionen lange zurückreichen und in den Parteigründungen von 1945 und 1946 ihren Ausdruck gefunden hatten.



10. Die Zerstörung weiter industrieller Anlagen, die Zerschlagung des internationalen Wirtschaftsverkehrs, die in ihren Folgen noch nicht übersehbare Bodenverarmung in Deutschland, erhöht die Bedeutung des schmäler gewordenen deutschen Arbeitsbodens. Alle Pflege muß der Erhaltung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionskraft gelten.

11. Das geistige Leben der Nation, ihre Schöpferkraft in den Bezirken der Kunst und der Wissenschaft, muß von der lähmenden Vormachtung durch den Staat wieder befreit werden, damit der deutsche Geist in seiner Würde zwischen den Nationen wieder seine ehemals geachtete Stellung zurückgewinnen kann. Das Ringen um die Wahrheitserkenntnis wird die gewissenlosen Tendenzverfälschungen wieder abblasen.

12. Das religiöse Leben der christlichen Kirchen und Gemeinschaft wird [illegible] staatlichen Vorgewaltigungen gesichert bleiben, um in seiner menschen[illegible]enden und gemeinschaftsgestaltenden Wirkung fruchtbar zu sein. Die Kirchen [illegible] werden das tragende Eigenleben der staatlichen Gemeinschaft anerkennen.

2

9/3

Beitrittserklärung
zur Demokratischen Volkspartei

Familienname: Haußmann
Vorname: Wolfgang
Beruf: Rechtsanwalt Dr. jur.
geb. am: 3. Juli 1903 in: Stuttgart
Wohnort: Stuttgart-Süd
Straße und Hausnummer: Kolbenschlagstr. 18
Früher Mitglied der NSDAP.? nein
Stuttgart-Süd, den 11. Oktober 1948

Eigenhändige Unterschrift:
Wolfgang Haußmann

Die Richtigkeit der Angaben bescheinigt:

Druck von W. Kohlhammer, Stuttgart

Abb. 15 › Wolfgang Haußmanns Beitrittserklärung zur DVP

DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI

LAND ZONE VATERLAND

Gemeinsamer Parteitag

am Samstag und Sonntag, den 28. und 29. Sept. 1946
in Stuttgart-Untertürkheim der

DEMOKRATISCHEN VOLKSPARTEI
WÜRTTEMBERG - BADEN

LIBERAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI
GROSS-HESSEN

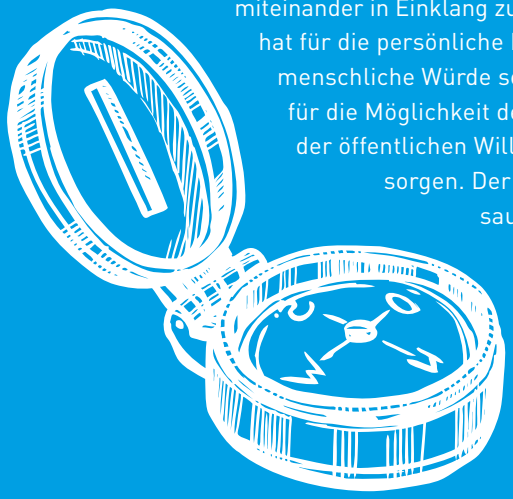
FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI
BAYERN

Generalsekretariat: Demokratische Volkspartei Stuttgart, Rotebühlstraße 81/IV, Telefon 69323
Tagungslokale: Stuttgart-Untertürkheim, „Alte Krone", Augsburger Straße, beim Bahnhof, (von Stuttgart mit dem Vorortszug, ½-stündig ab Hauptbahnhof oder mit der Straßenbahn ab Hauptbahnhof mit Linie 1, 21, bis Wilhelmsplatz Bad Cannstatt, dann umsteigen in Linie 13). Sportshaus Benz, Weimar Straße 39, ab Hauptbahnhof mit Linie 20, 10 E, 18 bis Dreieck

Abb. 16 › Die liberalen Kräfte in Westdeutschland formieren sich in den unmittelbaren Nachkriegsmonaten

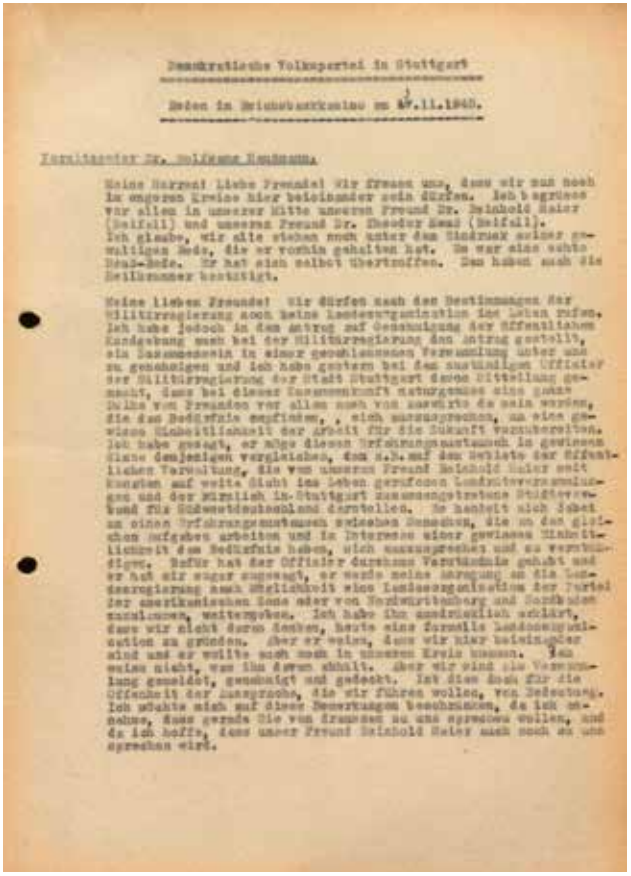
Programm und politische Ausrichtung

Die Gründungspersönlichkeiten der DVP waren überzeugte Demokraten – und waren dies auch in der Zeit des Naziregimes geblieben. Sie waren alle von tiefen Überzeugungen geprägt, die sich an den Aussagen Wolfgang Haußmanns gegenüber den US-Behörden finden lassen: „Das Wesentliche an der demokratischen Staatsform erscheint mir, dass alle Bevölkerungskreise das Recht und die Pflicht haben, an den öffentlichen Angelegenheiten mitzuwirken und die Freiheit der Meinungsäußerung gewährleistet ist.“ Zum Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung führt Haußmann aus: „Die vorhandenen menschlichen Kräfte und Arbeitsmöglichkeiten unter gerechter Bewertung der Leistung des Einzelnen und seiner Verantwortung gegenüber der Gesamtheit miteinander in Einklang zu bringen. Der Staat hat für die persönliche Freiheit und die menschliche Würde seiner Bürger, sowie für die Möglichkeit der Mitwirkung an der öffentlichen Willensbildung zu sorgen. Der Staat muss für eine saubere, übersichtliche Finanzgebarung, Gesetzgebung und unabhängige Rechtsprechung besorgt sein.“



Haußmann und Maier pflegten eine wirksame Arbeitsteilung: Sollte Haußmann sich als Parteivorsitzender um die DVP kümmern, konnte Reinhold Maier als Nachkriegs-Ministerpräsident und 1952 erster Ministerpräsident des neugegründeten Baden-Württembergs den politischen Alltag über öffentliche Ämter mitbestimmen.

Neben einer Reihe logistischer Probleme, der sich die Partei in den Nachkriegsjahren gegenübersah, mussten Maier und Haußmann die Partei auch politisch in der Mitte ausgerichtet halten. Es gab da überzeugte und bekannte Liberale wie Theodor Heuss, die die Partei gemeinsam mit den Christdemokraten vereint sehen wollten. Und es gab nicht wenige, die bereits zur Zeit der Weimarer Republik Anhänger rechtsnationaler Parteien oder danach gar Mitglieder der NSDAP gewesen waren. Diesen galt es mit aller Vorsicht zu begegnen und sie duften keinesfalls die Inhalte der DVP mitprägen. Es half dabei sehr, dass führende DVP-Persönlichkeiten wie Reinhold Maier, Theodor Heuss und auch Wolfgang Haußmann unter den Folgen des Naziregimes persönlich zu leiden hatten: Maiers jüdische Ehefrau musste mit den Kindern nach Großbritannien fliehen und Maier selbst wurde zur Scheidung gezwungen,



Demokratische Volkspartei in Stuttgart

Reden im Reichsbankkasino am 3.11.1945.

Parteiobmann Dr. Wolfgang Haußmann

Meine Herren! Liebe Freunde! Wir freuen uns, dass wir nun noch im engeren Kreise hier beieinander sein dürfen. Ich begrüsse vor allem in unserer Mitte unseren Freund Dr. Reinhold Maier (Beifall) und unseren Freund Dr. Theodor Heuss (Beifall). Ich glaube, wir alle stehen noch unter dem Eindruck seiner gewaltigen Rede, die er vorhin gehalten hat. Es war eine echte Heuss-Rede. Er hat sich selbst übertroffen. Dem haben auch die Heilsrufe bestätigt.

Meine lieben Freunde! Wir dürfen nach den Bestimmungen der Militärregierung noch keine Landesorganisation ins Leben rufen. Ich habe jedoch in dem Antrag auf Genehmigung der öffentlichen Kundgebung auch bei der Militärregierung den Antrag gestellt, ein Zusammensein in einer geschlossenen Versammlung unter uns zu genehmigen und ich habe gestern bei dem zuständigen Offizier der Militärregierung der Stadt Stuttgart davon Mitteilung gemacht, dass bei dieser Zusammenkunft naturgemäss eine ganze Reihe von Freunden vor allem auch von auswärts da sein werden, die das Bedürfnis empfinden, , sich auszusprechen, um eine gewisse Einheitlichkeit der Arbeit für die Zukunft vorzubereiten. Ich habe gesagt, er möge diesen Erfahrungsaustausch in gewissem Sinne demjenigen vergleichen, dass z.B. auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltung, die von unserem Freund Reinhold Maier seit Monaten auf weite Sicht ins Leben gerufenen Landratsversammlungen und der erstmalig in Stuttgart zusammengetretene Städteverband für Südwestdeutschland darstellen. Es handelt sich jetzt um einen Erfahrungsaustausch zwischen Menschen, die an den gleichen Aufgaben arbeiten und im Interesse einer gewissen Einheitlichkeit dem Bedürfnis haben, sich auszusprechen und zu verständigen. Dafür hat der Offizier durchaus Verständnis gehabt und er hat mir sogar zugesagt, er werde meine Anregung an die Landesregierung auch Möglichkeit einer Landesorganisation der Partei der amerikanischen Zone oder von Nordwürttemberg und Nordbaden zuzulassen, weitergeben. Ich habe ihm ausdrücklich erklärt, dass wir nicht daran denken, heute eine formelle Landesorganisation zu gründen. Aber er weiss, dass wir hier beieinander sind und er wollte auch noch in unserem Kreis kommen. Ich weiss nicht, was ihn daran abhält. Aber wir sind ein Versammlung gemeldet, genehmigt und gedeckt. Ist dies doch für die Öffentlichkeit der Ausgangspunkt, die wir führen wollen, von Bedeutung. Ich möchte mich auf diese Bemerkungen beschränken, da ich annehme, dass gerade Sie von draussen zu uns sprechen wollen, und da ich hoffe, dass unser Freund Reinhold Maier auch noch zu uns sprechen wird.

Abb. 17 › Die Landespartei als Ziel: Redeauszug von Wolfgang Haußmann als Vorsitzender der DVP in Stuttgart am 3.11.1945 im Reichsbankkasino

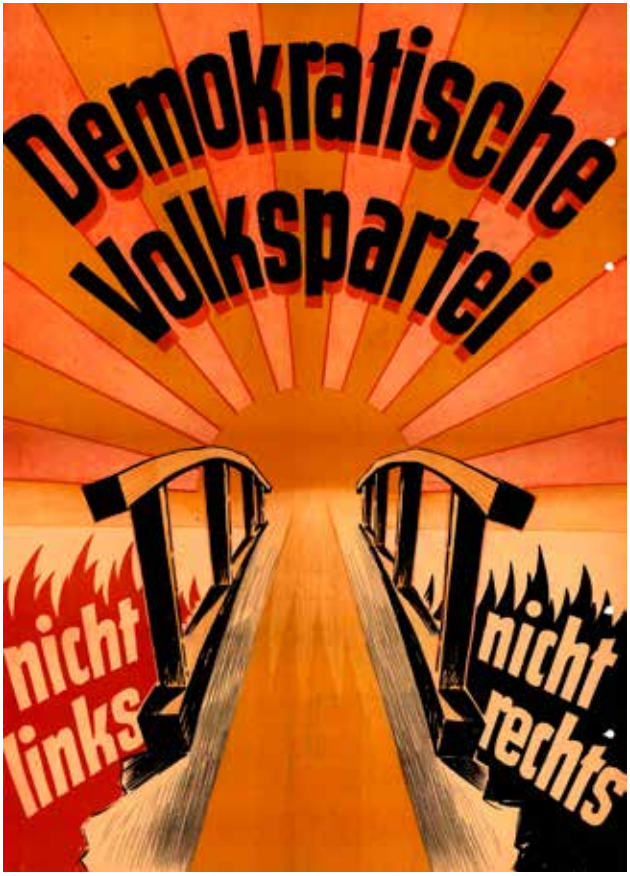


Abb. 18 › Die DVP als Partei der bürgerlichen Mitte, hier zur Landtagswahl 1946

Abb. 19 › Das Dreikönigstreffen ist ein Treffen liberaler Persönlichkeiten, hier aus dem Jahr 1962. In der Bildmitte Wolfgang Haußmann, Reinhold Maier und der damalige FDP-Bundesvorsitzende Erich Mende.

Heuss überlebte das ihn betreffende Publikations- und Lehrverbot nur dank der Tätigkeit seiner Frau Elly und Haußmann konnte seine ebenfalls geflohene erste Ehefrau jüdischen Glaubens nur durch persönlichen Einsatz im letzten Moment vor Verhaftung und Ermordung retten. Sie alle hatten das schreckliche Gesicht der NS-Herrschaft gesehen und wussten, dass so etwas nie wieder sein durfte.

Eindeutiger Ausdruck für die klare Haltung gegen die NS-Ideologie war die Gründung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen und deren Ansiedlung in Ludwigsburg 1958 auf Betreiben des Landesjustizministers Wolfgang Haußmann. 18.580 Verfahren wegen nationalsozialistischer Verbrechen sind seit ihrer Gründung bei Staatsanwaltschaften und Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland anhängig geworden. Hinzu kommen Verwaltungsvorgänge und sog. Überprüfungsvorgänge, die sich häufig mit der Sichtung weiterer – insbesondere ausländischer – Archivbestände

befassen. Die Zentrale Stelle hat bislang rund 118.500 dieser Vorgänge sowie Auskünfte bearbeitet. Ihre Zentralkartei umfasst mehr als 1,7 Millionen Karteikarten: gegliedert in Personen, Tatorte und Einheiten.

Der Platz, den die DVP finden sollte, war in der politischen Mitte. Das entsprach auch der Tradition – zwischen der Sozialdemokratie und der vor dem Krieg katholisch geprägten Zentrumspartei. Zu Vertretern beider Parteirichtungen gab es freundschaftliche Kontakte, aber Wolfgang Haußmann und seine Mitstreiter hatten richtig erkannt, dass das bürgerliche Milieu in Stuttgart und dem deutschen Südwesten eine politische Vertretung brauchte. Den Willen dazu kann man heute gar nicht mehr hoch genug einschätzen. Dies ist eine Leistung, die den Liberalen und Demokraten in Stuttgart und Baden-Württemberg auch heute noch als Ansporn für ihren politischen Einsatz dienen sollte und dient.

Abb. 20 › Tradition Dreikönigstreffen, hier zum 40-jährigen Jubiläum der Nachkriegsgründung

Persönlichkeiten des demokratischen Neubeginns

Wolfgang Haußmann (1903–1989)

Zur erfolgreichen Durchsetzung liberaler Politik nach der Zeit der Zerstörung und des Unrechts zwischen 1933 und 1945 bedurfte es bekannter Persönlichkeiten wie Theodor Heuss und Reinhold Maier, aber es bedurfte vor allem als Grundlage einer Partei, die die Tradition der Liberalen und Demokraten im deutschen Südwesten aufnahm und gestaltete. Dass dieses möglich wurde, ist auf den Willen und den unermüdlichen Fleiß von Wolfgang Haußmann zurückzuführen, der die Tradition des Namens Haußmann mit der Tüchtigkeit als Parteivorsitzender und langjähriger Justizminister zusammenbrachte.

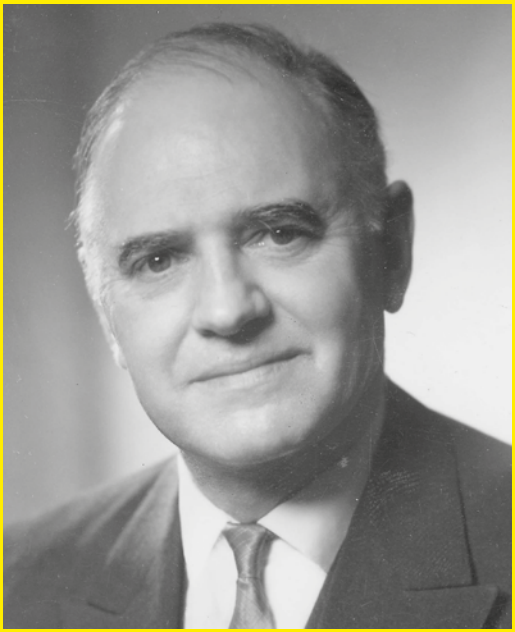


Abb. 21

Wolfgang Haußmann, 1903 in Stuttgart geboren, entstammte einer, vielleicht sogar der bedeutendsten, liberalen Familie im Südwesten. Sein Großvater, Julius Haußmann, gehörte zu den Vorkämpfern für Demokratie und Verfassung in der Zeit des Vormärz um 1848. Wolfgang Haußmanns Vater war Conrad Haußmann, der als langjähriger Abgeordneter im Reichstag für die Demokraten Politik gemacht hat und der nicht zuletzt deshalb an führender Stelle bei der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung der ersten Republik auf deutschem Boden beteiligt war. Wolfgang Haußmann, der, wie Theodor Heuss später einmal bemerkte, „mit demokratischem Öl gesalbt" war, wuchs in dieser stolzen Familientradition auf. Seit den 20er Jahren war er Mitglied der DDP in Württemberg. Nach dem Studium der Rechte in Tübingen ließ er sich als Rechtsanwalt und später Notar in Stuttgart nieder. Den Terror der Nationalsozialisten erlebte er, als er seiner ersten Frau,

die wegen ihres jüdischen Glaubens interniert worden war, mit ihrer Familie in letzter Sekunde die Flucht aus einem Lager in Holland in die Schweiz organisieren konnte. Er gehörte zu einem Kreis von Frauen und Männern, die sich in den letzten Kriegstagen das Ziel gesetzt hatten, das bereits stark geschädigte Stuttgart vor der letztendlichen Zerstörung durch fanatische Nazibefehle zu retten. Diese Gruppe, der auch der spätere langjährige Stuttgarter Oberbürgermeister Arnulf Klett angehörte, schaffte dies zwar, jedoch zahlte Wolfgang Haußmann dafür einen hohen Preis: Bei einer Fahrt in dieser Mission wurde er von französischen Truppen unter Beschuss genommen und durch einen Querschläger schwer am Bein verletzt. Diese Verletzung und die Tatsache, dass Haußmanns Haus in Stuttgart unversehrt und von den Besatzungstruppen nicht konfisziert worden war, machten es möglich, dass in der Stuttgarter Hohenzollernstraße die Idee zu einer Neugründung der liberalen Partei 1945 in die Tat umgesetzt wurde.

Bereits beim Dreikönigstreffen 1946 konnte so die landesweite Gründung der Demokratischen Volkspartei (DVP) beschlossen werden, die dann nach weiterem Aufbau mit der FDP zusammenarbeitete. 1952 kam aus den Reihen dieser liberalen Partei der erste Ministerpräsident des neu gegründeten Landes Baden-Württemberg, Reinhold Maier. So wichtig Haußmanns Wirken bei Organisation, personeller Ausgestaltung und inhaltlich klar liberaler und demokratischer Ausrichtung der FDP/DVP auch war, so wichtig ist aber auch sein Wirken als langjähriger Justizminister mit einer beträchtlichen Amtszeit von 1953 bis 1966. Unter Wolfgang Haußmann wurde 1958 die für die Aufarbeitung nationalsozialistischen Unrechts weltweit wichtige und anerkannte Zentralstelle in Ludwigsburg eingerichtet. Für ihn selbst war der Rechtsstaat das richtige Mittel, um den Nationalsozialismus mit rationalen und gesellschaftlich wirksamen Methoden aufzuarbeiten und als das offenzulegen, was er war: ein leidvolles Unrechtssystem, das Menschen zu Verbrechern machte und unter Verbrechen leiden ließ. Haußmanns Wirken als überzeugter Vertreter des liberalen Rechtsstaats führte ihn immer wieder als Experten in wichtige Bereiche.

So war er daran beteiligt, das moderne Presserecht in Baden-Württemberg zu etablieren, das später zum Vorbild der heute geltenden Presserechtsordnung in Deutschland wurde. Auch bei der Strafrechtsreform und vor allem im Bereich neuer Methoden des Justizvollzugs wirkte

Wolfgang Haußmann mit und brachte hier seine Erfahrungen als Anwalt und als demokratischer Politiker ein. Wolfgang Haußmann gehört sicher zu den grundlegend wichtigen Persönlichkeiten in den Anfangsjahren der liberalen Partei. Der Name „Haußmann“ hat in Württemberg bis heute einen demokratischen Nachhall, nicht umsonst ist eine der längsten Straßen in der Landeshauptstadt nach dieser Demokratenfamilie benannt. Auch seiner Beharrlichkeit und seinem Fleiß haben wir es zu verdanken, dass Baden-Württemberg heute das „Stammland der Liberalen“ genannt wird.

Emmy Diemer-Nicolaus (1910–2008)

Sie war bei der Gründung der DVP im September 1945 dabei und gehört zu den Mitunterzeichnern der Gründungsurkunde: Emmy Diemer-Nicolaus. Heute wissen wir, dass das Land starke Frauen braucht. Aber wusste man es auch in diesen vergangenen Zeiten? Damals dominierte vielerorts noch die Auffassung von der Rolle der Frau, die sich unterzuordnen hatte. Frauen hätten sich um den Haushalt und die Familie zu kümmern, Bildung wäre für sie nicht so wichtig und in der Politik hätten sie nach Auffassung vieler erst recht nichts verloren. Umso wichtiger waren Frauen, die es zu dieser Zeit auf sich nahmen, sich politisch durchzusetzen und für die Gleichberechtigung

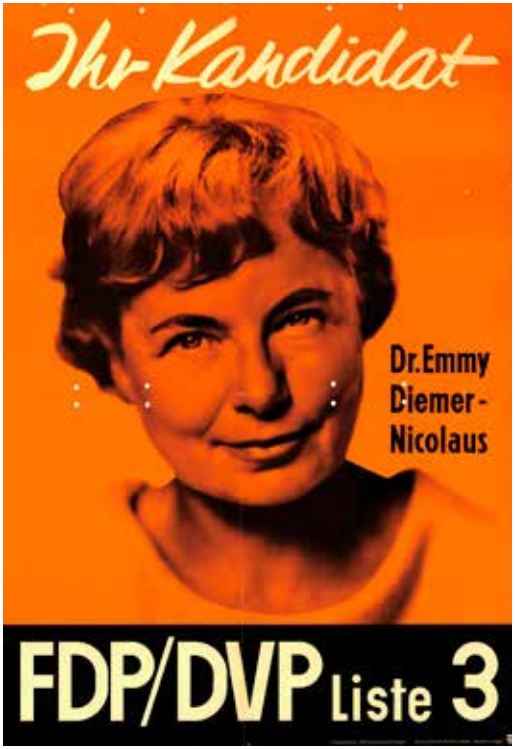


Abb. 22

einzutreten. Eine der großen „Gründermütter“ unseres Bundeslandes war eine Liberale durch und durch: Die langjährige Abgeordnete, anerkannte Juristin und selbstbewusste Kämpferin für die Anliegen der Frauen in einer offenen Gesellschaft, Emmy Diemer-Nicolaus.

Auch ihr Leben war voller Herausforderungen. 1910 wurde sie in Gießen geboren. Bereits mit 16 Jahren brach sie die Schule ab und verließ ihr Elternhaus, nachdem sie sich verlobt hatte. Nach dem frühen Unfalltod ihres Mannes war sie auf sich selbst gestellt. Sie nahm ihr Schicksal in die Hand und holte das Abitur nach. Dadurch konnte sie Jura und Wirtschaftswissenschaften studieren. 1937 legte sie ihr erstes Staatsexamen ab und zog mit ihrem zweiten Ehemann und ihrer Familie nach Stuttgart, wo sie bis zum Kriegsende bei der Württembergischen Feuerversicherung als Sachbearbeiterin beschäftigt war und neben Familie, Beruf und in der Kriegszeit 1944 auch noch ihr zweites juristisches Staatsexamen ablegte. Eine Frau, die bereits so oft ihr Leben in die Hand nehmen musste, war bei den Liberalen gut aufgehoben. Wolfgang Haußmann brachte Emmy Diemer-Nicolaus in den Nachkriegsmonaten zur neu gegründeten DVP und sie schaffte spontan den Einzug in den Stuttgarter Gemeinderat. Schließlich war sie ab 1950 Mitglied des Landtags von Württemberg-Baden, wo Reinhold Maier als Ministerpräsident wirkte. Im Parlament brachte sie ihr juristisches Wissen ein und beeindruckte durch Kompetenz und Entschlussfreudigkeit, was in der Männer-Domäne der Politik immer noch nicht selbstverständlich war.

Sie hatte bereits früh erkannt, dass die zwei Hälften, in die die Besatzungsmächte Baden und Württemberg geschnitten hatten, keine Dauerlösung sein konnte: „Das war weder im Sinne von Baden noch von Württemberg“, sagte sie einmal mit Hinblick auf die Autobahn Karlsruhe-Ulm, die die den deutschen Südwesten quer für die Besatzungsmächte teilte. Sie machte die Beobachtung, dass diese Grenzziehung nicht automatisch den Willen zu einem gemeinsamen Bundesland bestärkte, sondern viele kleine Einzelsüppchen kochen ließ. Dies war in Südbaden der Fall, wo der dortige Präsident Leo Wohleb (CDU) mit der französischen Besatzungsmacht die Südweststaatsidee hintertrieb, sowie in Südwürttemberg, wo vor allem die katholische Kirche befürchtete, ihre konfessionell getrennten Schulen aufgeben zu müssen, aber auch in Nordbaden wuchsen die Sympathie für eine große Kurpfalz statt eines

Südweststaates. Sie erkannte gemeinsam mit ihren Mitstreitern um Reinhold Maier, dass ein zukunftsfähiger Südweststaat nur mit energischen Schritten zu bewerkstelligen war. Die selbst zerrissene CDU fiel als Partner weg. Die Gründung Baden-Württembergs durch Reinhold Maier im April 1952 bezeichnete Emmy Diemer-Nicolaus noch Jahrzehnte später als „Coup". Sie ergriff diese Chance und gestaltet die Ausarbeitung der Verfassung Baden-Württembergs mit im Rahmen ihres Landtagsmandates, das sie bis zu ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag innehatte.

Hier war sie als Expertin für Haushalts- und Verfassungsfragen eine gefragte Frau. Sie traf auf eine Situation, in der Frauen ohne die Zustimmung ihres Ehemannes nicht berufstätig sein durften und noch nicht einmal ein Bankkonto eröffnen konnten. Emmy Diemer-Nicolaus kämpfte erfolgreich für die Möglichkeit der Teilzeitarbeit für berufstätige Mütter, für die Humanisierung des §218 und die Reform des Ehe- und Scheidungsrechts, was für Frauen existenzielle Sicherheit bedeutete. Ein weiteres Kernstück ihrer Tätigkeit im Deutschen Bundestag war die Große Strafrechtsreform, die Mitte der 60er Jahre durchgeführt wurde. Emmy Diemer-Nicolaus war Mitglied im diesbezüglichen Sonderausschuss und 1963 bis 1965 stv. Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags. Dabei ging es bei diesen Vorhaben nicht nur um juristische „Fachschiebereien". Die Reformen im Bereich der Gleichberechtigung der Frauen oder des Strafrechts waren Zeichen und Auswirkungen eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels. Die Gesellschaft sollte ihre Starre verlieren, offener, transparenter und humaner werden. Dafür gingen nicht nur Studenten auf die Straße, dies benötigte auch Politikerinnen von der Qualität einer Emmy Diemer-Nicolaus, die überzeugend und unerschrocken diese Reformen mit Fachwissen begleitete. Emmy Diemer-Nicolaus war als langjähriges Vorstandsmitglied der FDP/DVP Baden-Württemberg und als unermüdliche Besucherin und Begleiterin der Landesparteitage und der Landespolitik bis in die hohen Lebensjahre eine Ideengeberin der Partei. Mit der politischen Erfahrung von Jahrzehnten konnte sie viele Dinge relativieren und machte vor allem durch ihr eigenes couragiertes Beispiel Mut. Sie starb am 1. Januar 2008 in Stuttgart, im Alter von 97 Jahren. In einem Interview um die Jahrtausendwende mit Blick auf die Lage von Gesellschaft und Politik stellte Emmy Diemer-Nicolaus die Frage: „Wird denn überhaupt noch zum Denken erzogen?"

– eine Frage, die sich in der heutigen Politik häufig stellen lässt. Sie machte den Liberalen als große Vorkämpferin zeit ihres Lebens Mut. Aber das Denken – nein, das Denken wollte sie niemandem abnehmen.

Reinhold Maier (1889–1971)

Im „Haus der Geschichte Baden-Württembergs“ in Stuttgart ist die berühmte Taschenuhr Reinhold Maiers eines der wichtigsten Ausstellungsstücke. Sie zeigt zwölf Uhr und dreißig Minuten, die Uhrzeit, an der Reinhold Maier als erster Ministerpräsident des neu gegründeten Südweststaats mit „Gott schütze das neue Bundesland“ die Neugründung verkündete. Dieser Akt erfolgte übrigens unter protokollierten Buh-Rufen der CDU-Landtagsfraktion, die Reinhold Maier als Gründungs-Ministerpräsidenten aus den Reihen der FDP/DVP als eine Art „Betriebsunfall“ deutete. Es dauerte ab da wieder fast 58 Jahre, bis die CDU merkte, dass dieses Amt nicht ihr alleine gehört.

Reinhold Maier lediglich als ersten Ministerpräsidenten des Landes zu sehen, ist jedoch zu wenig. Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beauftragten die US-Behörden ihn mit dem Amt des Ministerpräsidenten des Landes „Württemberg-Baden“, das als Land in der US-Besatzungszone die Nordhälfte des heutigen Bundeslandes umfasste. Dieses Amt

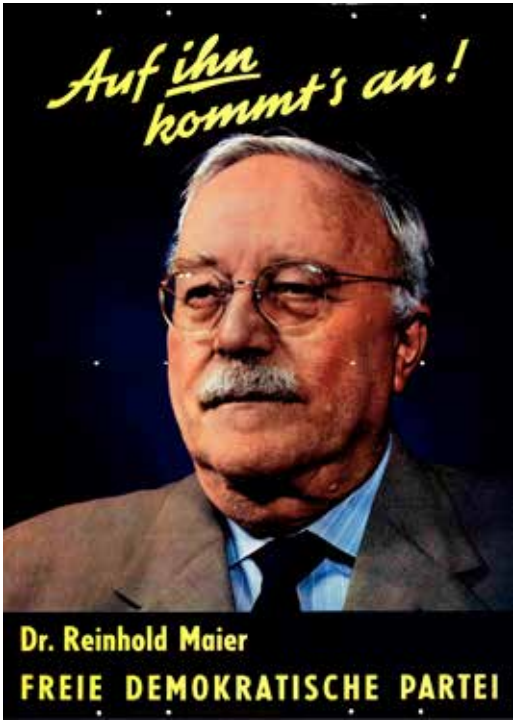


Abb. 23

hatte er bis zu dem Moment inne, als es 1952 in Baden-Württemberg aufging. Dass Reinhold Maier von den Besatzungsbehörden mit diesem wichtigen Auftrag des demokratischen Wiederaufbaus betraut worden war, hatte Gründe: Der 1889 in Schorndorf geborene Reinhold Maier war mit demokratischer Politik und freiheitlichem Geist seit seiner Jugend erfüllt. Er hatte Rechtswissenschaften in Tübingen und Grenoble studiert und trat bereits 1912 in die Vorgängerpartei der liberalen DDP ein, die in der Weimarer Republik einen demokratischen und liberalen Geist verkörperte. Als niedergelassener Rechtsanwalt fand er schnell Möglichkeiten des politischen Engagements. 1930 bis 1933 war er Wirtschaftsminister in Württemberg unter dem Staatspräsidenten Eugen Bolz, der später von den Nazis hingerichtet wurde. 1932 und 1933 war er Abgeordneter des württembergischen Landtags und des Reichstags. Die Deutsche Staatspartei, wie sich die liberale Fraktion nun nannte, war zu dieser Zeit nur noch mit fünf Abgeordneten im Reichstag vertreten.

Die zwölfjährige Naziherrschaft war für Reinhold Maier aus mehreren Gründen sehr riskant. Zum einen war er den Machthabern politisch verdächtig, zum anderen war seine Frau Gerta Jüdin und daher von der nationalsozialistischen Rassenpolitik unmittelbar bedroht. Sie floh – buchstäblich in letzter Minute vor dem Ausbruch des Weltkriegs – mit beiden Kindern nach Großbritannien, wo sie die Kriegszeit verbrachte. Reinhold Maier musste sich im Zuge der zunehmenden Steigerung der politischen Restriktionen von seiner Frau scheiden lassen. Sie heirateten nach der Rückkehr Gerta Maiers 1946 wieder. Reinhold Maier war während dieser Zeit als Anwalt tätig und änderte an seinen politischen Überzeugungen nichts.

Seine praktischen politischen Erfahrungen und seine eindeutige demokratische Haltung waren es auch, die die Amerikaner auf ihn aufmerksam werden ließen. Er selbst hatte im Bombenhagel des Weltkriegs alles verloren, seine Kanzlei war mit allen Unterlagen vernichtet worden. Er war in den letzten Kriegsmonaten in eine Mühle nach Westhausen im heutigen Ostalbkreis geflohen, wo er das Ende des Krieges mitbekam. Es bedurfte einiger Überzeugungsarbeit, um Reinhold Maier für das Amt des Ministerpräsidenten für Württemberg-Baden zu gewinnen. Erst nach der Beteuerung des amerikanischen Befehlshabers Dawson, bei dieser Regierung handle es sich „nicht nur um einen Katzenschwanz“, also bloße Befehlsempfänger

der Besatzungsbehörden, willigte Maier ein. Es lag fortan in seiner Verantwortung, den Aufbau der demokratischen Gremien zu organisieren und zu begleiten. Ausgehend von einer Landrätetagung, wurde schließlich eine verfassungsgebende Versammlung gewählt, die schließlich in einen Landtag überging und eine Verfassung für Württemberg-Baden ausarbeitete.

Reinhold Maier war sicherlich das, was man heute als „Macher" bezeichnet. Er brachte seine demokratischen Überzeugungen durch Taten zum Ausdruck. Gleichzeitig brachte er ausreichendes Gespür für politische Taktik mit. Dies zeigte sich im Ausspruch Konrad Adenauers, der einst meinte: „Die Württemberger sind jefährliche Leute, der Jefährlichste ist aber Dr. Reinhold Maier." Da die CDU als Partei bei der Gründung des Landes Baden-Württemberg innerparteilich erhebliche Schwierigkeiten hatte (der südbadische Flügel stellte sich immer wieder quer), tat Reinhold Maier schließlich den Schritt zur einzig geglückten Länderfusion in der Geschichte der Bundesrepublik. Dies bedeutete zwar, die zahlenmäßig stärkste CDU-Fraktion auf die Oppositionsbänke zu verweisen, aber es war die Gelegenheit, um Baden-Württemberg zügig zu schaffen – ein politisches Modell, das sich seither täglich bewährt.

Theodor Heuss (1884–1963)

Bei der ersten DVP-Gründung im September 1945 in Stuttgart war er nicht dabei, wohl aber bei der Gründung der Landespartei an Dreikönig 1946: Wie kaum ein anderer prägte Theodor Heuss den Anfang der Bundesrepublik Deutschland. Als ihr erster Bundespräsident setzte er Maßstäbe für dieses Amt und gab ihm Format. Theodor Heuss jedoch nur als jenen jovialen „Papa Heuss" zu sehen, greift zu kurz.

Sein Leben und seine Arbeit spiegeln viele Aspekte des letzten Jahrhunderts wider.1884 in Brackenheim als Sohn eines Regierungsbaumeisters geboren, nahm Theodor Heuss den Weg des Bildungsbürgertums. Er besuchte das humanistische Gymnasium in Heilbronn und studierte in München sowie Berlin Geschichte, Literatur und Philosophie. 1905 wurde er mit einer Dissertation über Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn promoviert. Seit 1908 war er mit der drei Jahre älteren Elly Heuss-Knapp verheiratet. Er wirkte als Journalist bei einigen Zeitungen mit. Die Rhein-Neckar-Zeitung in Heidelberg wurde später von ihm gegründet. Schon früh engagierte er sich politisch bei der Fortschrittlichen Volkspartei. Zu seinen politi-

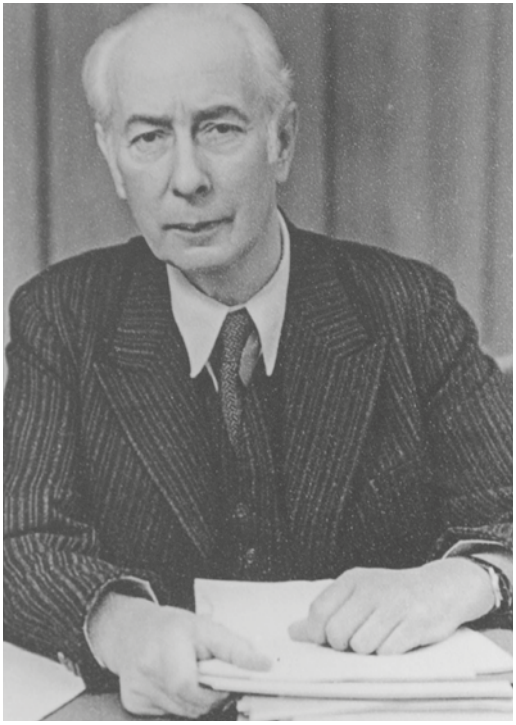


Abb. 24

schen Vorbildern gehörte Friedrich Naumann, nach dem heute die liberale Stiftung benannt ist und für den er 1910 in seiner Heimatstadt Heilbronn Wahlkampf machte.

Nach dem Ersten Weltkrieg war er Gründungsmitglied der Deutschen Demokratischen Partei (später: Deutsche Staatspartei), für die er auch im Reichstag saß. Seine ablehnende Haltung zum aufkommenden Nationalsozialismus war eindeutig. Er legte dieses in seinem 1932 in acht Auflagen erschienenen Buch „Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus" dar. Die demokratischen Kräfte wurden jedoch gegen Ende der Weimarer Republik zusehends marginalisiert. 1933 stimmte die auf fünf Personen zusammengeschmolzene Fraktion der Deutschen Staatspartei im Reichstag Hitlers „Ermächtigungsgesetz" zu, das den Weg für die Abschaffung von Demokratie und Rechtsstaat bereitete. Heuss war ausdrücklich gegen diese Zustimmung, beugte sich aber der Fraktionsmehrheit.

Während des Nationalsozialismus wurde Theodor Heuss mit Publikationsverbot belegt und verbrachte diese Zeit im „inneren Exil". Seine Versuche, weiter als Journalist und Publizist tätig zu sein (seit 1941 war Heuss Mitarbeiter der liberalen „Frankfurter Zeitung") wurden durch persönliche Verbote verhindert. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Theodor Heuss dann persönlich von den amerikanischen Besatzungsbehörden ersucht, politische Verantwortung zu übernehmen. Einer Anekdote nach soll ihn eine Delegation der US-Behör-

den in seinem Haus in Heidelberg aufgesucht haben, als er gerade beim Teppichklopfen war. Sie wollten wissen, ob er für Staatsämter zur Verfügung stünde. Er sagte ihnen zu, aber nur, wenn sie jemanden hätten, der ihm das Teppichklopfen abnehmen könnte. Er übernahm schließlich im amerikanischen Besatzungsbereich das Amt des „Kultministers" („ohne -us", wie er scherzhaft zu betonen pflegte) und half mit, in Württemberg-Baden gemeinsam mit seinem Freund Reinhold Maier und Wolfgang Haußmann die „Demokratische Volkspartei" zu begründen.

Er war Mitglied des württemberg-badischen Landtags und wirkte als Mitglied des Parlamentarischen Rates ab 1948 an der Ausgestaltung des Grundgesetzes aus Bundesebene mit. 1948 wurde er in Heppenheim erster Vorsitzender der neu gegründeten FDP. 1949 wurde er zum ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Dieses Amt hatte eine wichtige Bedeutung bei der Entstehung der Demokratie in Westdeutschland und wurde nach der verhängnisvollen Rolle des Reichspräsidenten am Ende der Weimarer Republik bewusst machtpolitisch beschränkt und stark repräsentativ gehalten. Der Präsident sollte kein „Ersatzmonarch" sein, sondern bewusst die Verkörperung der neu entstandenen Republik. Es kam entscheidend darauf an, dieses Amt persönlich mit Klugheit, Integrität und Bürgersinn auszufüllen.

Theodor Heuss war dafür ideal. Er verkörperte den politisch erfahrenen und intellektuell feinsinnigen Geist, der Bürgernähe und Bodenständigkeit in das Amt mitbringt. Sein (selbst bezahltes) Wohnhaus ist heute eine Gedenkstätte, die in Stuttgart zur Besichtigung einlädt. Höfische Pracht einerseits und Militarismus andererseits waren Theodor Heuss immer suspekt. Als er 1959 jungen Rekruten der Bundeswehr beim Manöver zusah, rief er ihnen zum Abschied zu: „Nun siegt mal schön!". Als er bei einer Veranstaltung in netter Runde beim Wein saß und von seinen Mitarbeitern aufgefordert wurde, sich zurückzuziehen, sagte er die bekannten Worte: „Dr Bundespräsident goht hoim, aber dr Heuss bleibt do." So gab er dem Amt Würde ohne Hochmut und legte damit einen wichtigen Grundpfeiler für die Demokratie, in der wir heute leben dürfen. International war er der zivile Repräsentant der freiheitlichen Demokratie in Deutschland, die nach Jahren von staatlichem Unrecht und Aggression aus den Trümmern des Weltkrieges wieder ihren Platz in der Staatengemeinschaft bekam. Für

die Menschen in Deutschland, die oftmals in hoher persönlicher Not waren, war Theodor Heuss die Verkörperung von Anstand und Menschlichkeit. Dies zeigt seine Maxime: „Dem Menschen, gleichviel wer er sei und woher er käme, als Mensch zu begegnen."

Elly Heuss-Knapp (1881–1952)

Sie ist vielen Menschen bekannt als die Ehefrau des ersten Bundespräsidenten. Doch sie darauf zu reduzieren, schätzt diese starke Frau zu gering ein. Elly Knapp wurde am 25. Januar 1881 in Straßburg geboren, das damals zum Deutschen Reich gehörte. Bereits ihr Elternhaus legte den Grundstock für eine unkonventionelle Biographie, die so gar nicht dem entsprach, was eine junge Frau im 19. Jahrhundert erwarten sollte: Ihr Vater, Friedrich Georg Knapp, war renommierter Nationalökonom und später Rektor der Universität Straßburg, die Mutter Lydia, geborene von Karganow, stammte aus einem russifizierten armenischen Adelsgeschlecht und war bereits im Alter von achtzehn Jahren nach Leipzig gekommen, um dort zu studieren.

In dieser weltoffenen und geistig aufgeschlossenen Atmosphäre wuchs Elly Knapp als selbstbewusste Frau heran. Nach der Höheren Mädchenschule besuchte sie das Lehrerinnenseminar und schloss mit Examen ab. Mit knapp zwanzig Jahren war sie in ihrer Heimatstadt als Lehrerin tätig und gründete dort eine Fortbildungsschule für schulentlassene Mädchen. Dies war in einer Gesellschaft, in der Bildung für Frauen kaum als wichtig erkannt worden war, ein wichtiger Impuls. Ehrenamtlich widmete sie sich in dieser Zeit bereits der Armenpflege. Sie ging ihren Bildungsweg weiter und studierte zunächst in Freiburg, später in Berlin Nationalökonomie. 1908 heiratete sie den drei Jahre jüngeren Theodor Heuss. Sie zogen nach Berlin, wo später der Sohn Ernst Ludwig zur Welt kam. Nach dem Ersten Weltkrieg arbeitete Elly Heuss-Knapp als Lehrerin an verschiedenen Schulen Berlins.

In dieser Zeit wurde sie politisch aktiv und begann als Werbetexterin. Ihr überparteilich eingesetzter Spruch „Frauen werbt und wählt,/ jede Stimme zählt, / jede Stimme wiegt, / Frauenwille siegt!" anlässlich der ersten Wahlen, an denen nun auch Frauen teilnehmen durften, fand weite Verbreitung. Sie kandidierte in Berlin für die Deutsche Demokratische Partei

(DDP) für die Nationalversammlung in Weimar 1919 und für den Reichstag 1920. Sie schaffte jedoch den Sprung ins Parlament nicht. 1923 zog sie sich aus inhaltlichen Gründen aus der Parteiarbeit zurück; es ging um die Frage der Konfessionsschulen, die sie befürwortete. Mit dem Beginn der NS-Zeit verlor sie ihre Lehrbefugnis und ihr Mann den Lehrstuhl für Politik und sein Reichstagsmandat. Da Theodor Heuss mit einem weitreichenden Publikationsverbot belegt wurde, kam auf sie die Aufgabe zu, für die Familie zu sorgen. Sie schaffte dies und arbeitete als Werbetexterin für große und bekannte Firmen und Marken wie Reemtsma, Knorr, Persil oder Nivea. Dabei war sie auf diese Idee eher zufällig gekommen, da ihr Vetter, Besitzer der Wybert-Saba-Werke in Basel (der Produzent der heute noch im Schwäbischen als „Wybertle" bekannten und beliebten Hustenpastillen), sie 1933 um einen Spot für das damals noch neue Medium Radio bat. Sie kam auf die Idee des gesungenen Markennamens. Der Radio-Jingle war geboren!

Nach 1945 waren Elly Heuss-Knapp und ihr Mann bereit, am demokratischen Wiederaufbau aktiv mitzuwirken. 1946 wurde Elly Heuss-Knapp in den Landtag von Württemberg-Baden gewählt. Hier konnte sie ihre Erfahrung

Abb. 25

im Bereich der Wohlfahrtsgesetzgebung und Kulturpolitik einbringen. Sie betonte in zahlreichen Ansprachen und Vorträgen den karitativen Geist der Wohlfahrt, der neben der staatlichen Hilfe greifen müsste. Bei vielen Deutschen, Vertriebenen, Emigranten und Ausländern hatte ihre Stimme Gewicht, verkörperte sie doch das

andere, bessere Deutschland, das die Jahre des Unrechts unter den Nazis überdauern konnte. Nach der Wahl ihres Mannes zum Bundespräsidenten gab sie ihr Mandat auf und wurde zur ersten „First Lady“ in Deutschland. Auch hier schuf sie Maßstäbe, denn sie verstand ihr Amt keineswegs nur als repräsentative Begleiterin ihres Mannes, sondern legte einen Grundstein für soziales Engagement in dieser Funktion. Auf die Bedenken aus der CDU, Theodor Heuss wäre als Bundespräsident nicht besonders kirchenfreundlich, sagte Konrad Adenauer: „Er hat eine christlich denkende Frau. Das genügt.“

1950 gründete sie die Elly-Heuss-Knapp-Stiftung, die heute unter dem Namen Müttergenesungswerk bekannt ist und Frauen wichtige Unterstützung gewährt. Diese starke Frau mit kundigem Blick für die Sorgen und Nöte der Mitmenschen, die als engagierte Demokratin und Kämpferin für die Idee der Freiheit und Eigenverantwortung auftrat, war für die liberale Sache und ganz Deutschland ein Glücksfall und ein Vorbild bis heute.

© 2020 FDP-Kreisverband Stuttgart
Dr. Jan Havlik (V. i. S. d. P.)
Weißenburgstraße 29
70180 Stuttgart
Telefon: +49 711 621584
www.fdp-stuttgart.de

Alle Rechte vorbehalten, Reproduktionen, Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, Wiedergabe auf elektronischen, fotomechanischen oder ähnlichen Wegen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Copyrightinhabers.

Text: Dr. Jan Havlik
Satz und Layout: Steffen Schneider
(www.design4printmedia.de)

Abbildungs-/Quellenverzeichnis:

Abb. 1 › Stuttgart bei Kriegsende nach den Bombenangriffen 1945, Quelle: Stadtarchiv Stuttgart
Abb. 2 › Mitgliedskarte DVP, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 3 › Der zerstörte Stuttgarter Marktplatz Ende 1944, Quelle: Stadtarchiv Stuttgart
Abb. 4 › „Liebe Mitbürger", Quelle: FDP Stuttgart
Abb. 5 › Wahlplakat mit Schwein, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 6 › DVP-Werbeplakat „Freiheit und Frieden", Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 7 › Foto Haußmann F1-178, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 8 › Veranstaltungsplakat „Haben wir noch Zukunft?", Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb 9 › „Flugblatt" zur Wahl 1952 mit den wichtigsten Inhalten, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 10 › Aufnahme Haus Hohenzollernstraße, Quelle: FDP Stuttgart
Abb. 11 › Satzung DVP, Quelle: FDP Stuttgart
Abb. 12 › Genehmigung der Parteigründung durch die Besatzungsbehörden, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 13 › Einladung Dreikönigstag 1949, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 14 › Einladungsplakat 06.01.1946, Quelle: FDP Stuttgart
Abb. 15 › Beitrittserklärung Haußmann, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 16 › Gemeinsames Veranstaltungsplakat mit Hessen und Bayern 1946, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 17 › Redemanuskript Haußmann November 1945 bei einer Veranstaltung im Reichsbankkasino, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb 18 › Nicht rechts, nicht links – Wahlplakat, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 19 › Gruppenfoto Dreikönig 1962, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 20 › Dreikönigstreffen 1986, Quelle: FDP Stuttgart
Abb. 21 › Foto Haußmann, Quelle: privat
Abb. 22 › Wahlplakat Diemer-Nicolaus, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 23 › Wahlplakat Reinhold Maier, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 24 › Theodor Heuss, Quelle: Archiv des Liberalismus
Abb. 25 › Elly Heuss-Knapp, Quelle: Bundesarchiv

Freiheit UND Frieden